

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonntag und ist durch alle Buchhandlungen, Buchbinder und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Portolohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorauszahlung.

Abbestellungen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gefaltene Beilage kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeiteranfragen sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 47.

Sonntag, den 24. November.

1907.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden nur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Glänzende Aussichten.

Auf dem schwanken Seile des konservativ-liberalen Blocks balanciert gegenwärtig die Politik Bülow's. Wie war daher die Unsicherheit seiner Politik größer, als eben jetzt. Zieht nur eine der liberalen Gruppen die Hand von dem Seile, so liegt Bülow mit samt seiner Politik am Boden.

Bei solcher Ungewißheit und Unsicherheit ist natürlich eine fruchtbarere Tätigkeit des Reichstags nicht zu erwarten. Wohl findet er bei seinem Wiederzukommen eine Reihe Aufgaben dringender Natur auf seinem Arbeitsfelde vor, ob aber und wie er sie lösen wird, das ist eine sehr heikle Frage.

In sozialpolitischen Dingen drohen ihm allerdings keine oder nur unwesentliche Differenzen, denn in Fragen der Ausbeutung der arbeitenden Klassen sind die bürgerlichen Parteien in allen Hauptpunkten einig. Alleamt betrachten sie die Arbeiterklasse als das Lasttier für die besitzenden Klassen. Jede kleine sozialpolitische Erleichterung für dieses Lasttier wird an ihm sofort wieder mit andern, schmerzlichen oder politischen Bedrückungen und Lasten gestraft. Alles wird darauf zugespitzt, daß es sich von diesen Lasten nicht befreien, das Joch nicht abschütteln soll. Aber die Selbstbefreiung unterbleibt nur so lange, als das arbeitende Volk, sich seiner Macht nicht bemußt, alles geduldig über sich ergehen läßt.

Zum Glück wird es aus seiner Unbewußtheit und politischen Trägheit durch seine Feinde immer wieder aufgerüttelt, so daß immer aufs neue die Hoffnung auf baldige Erlösung in den auf seine Befreiung hinstrebenden Kreisen aufflackert. So wird auch die Tätigkeit des Reichstags in der wiederbegebenen Session zweifellos aufriittelnd auf die arbeitenden Massen wirken.

„Große nationale Taten“ soll er vollbringen auf militärischem und kolonialpolitischem Gebiete. Heeres- und Flottenvorlagen mit starken Anforderungen an den Geldbeutel des Reichs soll er seine Zustimmung geben. Da aber hierzu schon das nötige Geld fehlt, muß man ihm die Zustimmung zu einem Hundertmillionenpump für kolonialpolitische Zwecke, besonders für den Eisenbahnbau in des Deutschen Reiches Streulandbüchse in Afrika zu.

Das Schlimmste aber ist, daß die Einnahmen des Reichs jetzt schon nicht zureichen für die notwendigsten laufenden Ausgaben — ein Defizit von zirka 130 Millionen Mark veranlaßt die Regierung, die ungeheuerlichsten Steuerprojekte an das Seil der Blockpolitik zu hängen. Außer einem Branntwein-Monopol ist die das Tabakmonopol vorbereitende Banderolesteuer für Zigarren in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion geschoben worden. So werden wieder weite Kreise der Bevölkerung bedroht und beängstigt. Und was noch weiter folgt, werden wir bald sehen.

Für des Reiches Einheit, Glanz und Größe soll daaegen durch ein Reichsvereinsgesetz gesorgt werden. Aber wie den Erzeugern vor der Einheit des großen, glanzvollen Reiches bangt, das drückt sich in allerhand Ausnahmebestimmungen des grandiofen Gesetzeswurfes aus. Um des Himmels willen dürfen Minderjährige nichts von den politischen Tageskämpfen erfahren, sie sollen von den öffentlichen Besprechungen des Volkes, von Versammlungen ausgeschlossen bleiben. Und die Volksteile, die einst durch blutige Kriege „erobert“ wurden, sollen zu echten Germanen gemacht werden, sie dürfen in Versammlungen nicht in ihrer Muttersprache reden. Solche Gesetzesbestimmungen zeugen gewiß von des Deutschen Reiches Größe und Herrlichkeit.

Um die Segnungen für die arbeitenden Klassen jedoch reichlich auf sie herabzrieseln zu lassen, werden eine Anzahl sozialpolitischer Maßnahmen besprochen werden im Block-Reichstage, der aus Schwindelwahlen hervorgegangen ist. Günstigenfalls wird man den Gesetzesentwurf zur Regelung, soll heißen: zur Stabgiltierung der Hausarbeit in der Tabakindustrie zur Verabschiedung bringen.

Wahrlich, glänzende Aussichten, die uns da der Reichstag bietet!

Der Block wird doch bei der Lösung dieser Aufgaben aus dem Leim gehen? Es wäre schade, wenn er dem Reichskanzler nicht hülfte, der Welt den Beweis zu liefern, daß der Liberalismus ebenso volksfeindlich ist, wie der Konservatismus oder Merkantilismus.

Aber es mag den Herrschaften wohl bange werden, wenn sie daran denken, wie die plötzlich hereinbrechende Krise, die Straf- und Schreckenszeit kapitalistischer Mißwirtschaft die unschuldig davon betroffenen Massen aufpeitschen und zu strengem Gericht gegen die Sünden des Reichstages aufrufen muß, der die

Sungersnot durch den Zollraub verschärft. Die Blockpolitik wird in eine verzwickte Situation gedrängt. Hier Teuerung und Lebensmittelnot — dort das Verlangen nach neuen indirekten Steuern, die des Lebens Not und Last für die armen Volksklassen noch vermehren. Hier das immer stärker vordringende Streben nach politischer, sozialer und ökonomischer Vereinerung — dort die raffinierte Absicht, durch neue Gesetze die alten Zustände der Unterdrückung, Beherrschung und Ausbeutung der breiten Volksmassen weiter bestehen zu lassen.

Daneben ein widerlicher Kampf zwischen den bürgerlichen Parteien, die sich um den Anteil an der Beute streiten — ein Schauspiel für Götter fürwahr, die, wie es scheint, die herrschenden Klassen mit Blindheit geschlagen haben, sonst könnten diese die Qual schmählicher Volksbedrückung kaum in der aufreizenden Weise über das Volk verhängt haben. Die politische Atmosphäre wird schwüler, wer weiß, wie der parlamentarische Blitzableiter drohende Schläge in dieser Session ablenken wird.

Vor allem kommt es darauf an, daß das bedrängte Volk sich aufrafft und selbst energisch für die Förderung seiner eigenen, schwer belagerten Interessen eintritt. Was ist da notwendiger, als daß die arbeitenden Klassen sich organisieren müssen? Wer das nicht begriffen hat, der arbeitet in seiner Sorglosigkeit und Unwissenheit den Feinden des arbeitenden Volkes in die Hände. Nur die Geschlossenheit der Massen kann den herrschenden Mächten in der Gesetzgebung imponieren. Wer zurückbleibt, übt Verrat an sich und seiner Klasse! Niemand hilft den Arbeitern, wenn sie nicht selbst Hand anlegen.

Organisiert Euch, Arbeiter! Euer Platz ist in den für Euch geschaffenen Verbänden! Hier kann und muß der veragenden Gesetzgebung gezeigt werden, daß die Arbeiter nicht in alle Ewigkeit mit Redensarten sich hinhalten lassen, sondern aus eigener Kraft aller Ausbeutung und Bedrückung entgentreten!

Die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die ihren fünften Kongreß abgehalten haben, sind eine so außerordentliche Erscheinung im öffentlichen Leben Oesterreichs, daß sie auch das Interesse der auswärtigen Genossen in Anspruch nehmen dürfen. Denn wie in keinem andern Industriestaate, sind hier die gewerkschaftlichen Organisationen die Adress für die politische Partei.

Verschiedene Umstände haben dazu beigetragen, die Gewerkschaften in Oesterreich zu dem zu machen, was sie sind. Vor allem die Erfahrung. Die Praxis hat gezeigt, daß kein Fortschritt der Arbeiterklasse möglich ist, ohne daß diese den Klassenkampf auf der ganzen Linie und auf allen Schlachtfeldern des gesellschaftlichen Lebens aufnimmt. Wichtig ist gewiß die tägliche und schrittweise Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wichtig sind die sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen zur Hebung und Stärkung der Arbeiterklasse; wichtig ist aber auch, daß Kapitalismus und Ausbeutung dort angegriffen werden, wo ihre stärksten Bollwerke sind: in der Gesetzgebung und Verwaltung. Es kann in der Werkstatt nicht Ordnung herrschen, wenn sie der Staat als Ganzes entbehren muß, und der Absolutismus da kann nur wirksam bekämpft werden, wenn es auch dort geschieht.

Diese Winzenwahrheiten haben die österreichischen Gewerkschaften nicht nur begriffen — was kein Verdienst ist —, sondern stets auch bei ihren Aktionen, bei ihrem ganzen Gebaren berücksichtigt. Darum sind sie eine Großmacht geworden nicht nur innerhalb der Arbeiterschaft, sondern auch in der Produktion. Aus diesem Grunde entschlossen sie sich im Vorjahre, zur Erkämpfung des Wahlrechts eventuell den Massenstreik zu organisieren und damit ihre Organisationen, die Frucht einer zehnjährigen Arbeit, aufs Spiel zu setzen. Aus diesem Grunde begleiten sie nicht bloß alle Aktionen der politischen Partei mit ihren Sympathien, sondern fördern sie auch durch werktätige Mitarbeit innerhalb ihrer Grenzen. Dieses harmonische Zusammenwirken wird durch den Umstand begünstigt, daß sich die österreichische Gewerkschaftsbewegung in verhältnismäßig kleineren Dimensionen als die deutsche und die englische Gewerkschaftsbewegung bewegt. Der Vertrauensmann der politischen Organisation hat ferner zugleich in der Gewerkschaft eine bestimmte Funktion inne und der Vertreter der Gewerkschaft gehört der politischen Organisation an. Jedenfalls haben alle diese Momente zu einer fruchtbareren Durchsetzung beider Bewegungen und zu einer Steigerung der Schlagkräftigkeit der Klassenbewußten Arbeiterschaft Oesterreichs geführt.

Groß ist daher der Respekt der Gegner von der Gewerkschaftsbewegung, obwohl sogar mehr Respekt häufig

gebeuchelt wird, als tatsächlich vorhanden ist: die Christlichsozialen insbesondere malen die „sozialdemokratische Gefahr“ um so erschreckender aus, je mehr sie selbst in der Rolle der Sozialistentöter glänzen wollen. Aber andererseits braucht man nicht geschämig die Tatsache verlegen: die österreichischen Gewerkschaften zwingen dem Unternehmertum und der Regierung eine große Achtung ab. Die durch die industrielle Hochkonjunktur und die Preissteigerung aller Rohprodukte und Nahrungsmittel ausgelösten Lohnkämpfe haben gezeigt, daß die Gewerkschaften zu kämpfen und zu siegen verstehen. Eine größere Anzahl von Kollektivverträgen sowie Lohnaufbesserungen selbst in Industriezweigen, die in dieser Hinsicht zu den rückständigsten gehören (Baugewerbe, Textilbranche) gaben den Scharfmachern erwünschten Anlaß zu Gegenmaßnahmen. Nach reichsdeutschem Muster erstanden eigne Arbeiterorganisationen mit einer zentralen „Hauptstelle“, denen der Kampf gegen die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter ausschließlich obliegt. Zwar getrauen sich diese offiziellen Preisfechter des Unternehmertums noch nicht, jetzt schon einen Entscheidungskampf zu provozieren, aber was sie tun können, das tun sie zur Aufstachelung der Regierung und der öffentlichen Gewalten gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Schon im Frühjahr hat die Reichskommission der Gewerkschaften zur Abwehr der Scharfmacher-Anschläge einen Solidaritätsfonds ins Leben gerufen, der als allgemeiner Notereservefonds für den Fall verwendet werden soll, wenn eine Gewerkschaft einmal durch die Unternehmernorganisation besonders bedrängt werden sollte. Der Kongreß beschloß nicht bloß die Fortsetzung der Sammlungen für diesen außerordentlichen Kriegsschatz, sondern setzte auch genaue Regeln für dessen Sammlung und Verwendung fest, obwohl sich nicht verkennen läßt, daß bei manchen Branchen diese Beitragserhebung auf Schwierigkeiten stoßen dürfte.

Im allgemeinen herrscht in allen grundlegenden Fragen unter den Vertretermännern der Gewerkschaften eine vollständige Uebereinstimmung. Was das heißt, kann nur der beurteilen, der die ganz außergewöhnlichen Schwierigkeiten kennt, die die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich zu überwinden hat, wo eine an sich wahre Musterkarte von Nationalitäten durch eine fortwährende starke Einwanderung immer noch bunter gefärbt wird. Die nationale Frage hat denn auch schon sehr vernachlässigt, bei den Gewerkschaften angebracht, und die Aufspaltung der tschechischen Gewerkschaftsorganisation in Prag ist ein Beweis dafür, daß das Problem sehr viele Schwierigkeiten in sich birgt, wenn auch der überwiegende Teil der tschechischen Gewerkschafter heute noch mit den Deutschen geht und der Reichskommission sich angeschlossen hat.

Der Uebergang zur Betriebsorganisation, den der Kongreß erörterte, wird nicht nur die verschiedenen Gruppen der in einem Etablissement beschäftigten, aber mehreren Organisationen angehörigen Gewerkschafter zusammenzuführen, sondern auch die Nationalitäten einander näher bringen. Vor allem aber: der auf einer breiteren Grundlage sich entwickelnde Klassenkampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft wird die nationalen Scheidewände, die man zwischen Branchen und Organisationen, ja sogar innerhalb der Werkstätten errichten möchte, niederreißen und die Ausbeuteten aller Zungen enger noch als bisher zu einer Phalanx vereinen.

Selbstverständlich befaßte sich der Kongreß auch mit Fragen der Sozialpolitik und, zum Schluß, aber deswegen nicht weniger gründlich, auch mit dem Alkoholismus, dem der ernsteste Krieg erklärt wurde.

Rundschau.

Jede kämpfende proletarische Arbeiterorganisation — eine Umsturzgefahr! Bei dem Festmahl des Verbandes deutscher Industrieller ließ der Geh. Kommerzienrat Kirdorf in einer raffenernten Scharfmacherede seinem fanatischen Haß gegen alle kämpfenden Arbeiterorganisationen die Zügel schießen. Er betonte die Notwendigkeit einer Geschlossenheit innerhalb der Industrie und besonders eines geschlossenen Kampfes gegen die Umsturzparteien. Der Umsturz gehe nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von andern Arbeiterorganisationen aus, deren Zweck es sei, Feindschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu säen. Diesen Bewegungen gegenüber den Herrenstandpunkt gewahrt zu haben, sei nach ihrer Ueberzeugung richtig gehandelt. Die Leiter der Industrie nähmen keine andre Stellung ein, als daß sie die ersten Beamten der Industrie seien. Möchten die

Vertreter der Regierung überzeugt sein, daß die Vertreter der Industrie es für nötig gehalten haben, wenn sie dem sozialen Drängen nicht folgten, und daß sie bemüht seien, die Lebensfähigkeit der Industrie zu erhalten. Gegen den Absolutismus der Werkstatt, der in der Rede Kirdorfs so kraß zum Ausdruck kam, machte der Minister Delbrück einige bescheidene Einwendungen. Er verteidigte die Großindustriellen gegen den Verdacht, daß sie „ein mittelalterliches Herrrentum“ anstreben. Der Herr Minister hätte sich mit einer hier sicher angebrachten Schärfe gegen das moderne kapitalistische Herrrentum überhaupt ferner und den Gedanken des Fabrik-Konstitutionalismus offen anerkennen müssen. Mit der vollkommenen Redewendung des Ministers: „Wir wollen Kameraden unserer Arbeiter sein“, läßt sich herzlich wenig anfangen. Herr Delbrück ist aber alles andere als ein Anhänger des Fabrik-Konstitutionalismus. Herr Delbrück verlangt für die fiskalischen und privaten Industriebesitzer — bewahre! — kein mittelalterliches Herrenrecht, sondern nur „das Maß von Kommandogewalt, das der höhere Offizier über den niederen Offizier, der Leutnant über den Soldaten, hat und haben muß“.

Herr Delbrück betrachtet den Staatsarbeiter als den Stützen des Staatsbetriebes, denn er nimmt ihm im Auftrage des preussischen Staates alles das, was den modernen Arbeiter vor dem Schollenpflüchten auszeichnet: das Koalitionsrecht, das Vereinsrecht, das freie Wahlrecht, das Recht der freien Meinungsäußerung. Herr Delbrück ist im Grunde genommen nur ein Scharfmacher unter Scharfmachern. Als der Scharfmacher Kirdorf allen kämpfenden Arbeiterorganisationen, seien sie nun sozialdemokratisch oder christlich, den Fehdehandschuh brüsk vor die Füße warf, fehrte Herr Delbrück dieser parteifanatischen, das Organisationsprinzip frech verleugnenden Scharfmacherclique nicht demonstrativ den Rücken, sondern er aß und trank mit diesen Herren, die den Umsturz gegen die Grundlagen unseres heutigen kapitalistischen Arbeiterrechts vor seinen Augen organisieren, und die sozialpolitisch noch tiefer als der preussische Polizeiminister Puttkamer stehen, der ja nur hinter dem Streik, nicht hinter der Arbeiterorganisation schon den Umsturz lauern sah.

Wo bleiben die Arbeitergroßen? Die Niedertracht der die moderne Arbeiterbewegung verleumdenden Elemente wird gewöhnlich nur durch ihre stupide Sachkenntnis übertroffen. So auch im vorliegenden Falle, wo die Kuffhäuser-Korrespondenz über das beliebte Thema: Wo bleiben die Arbeitergroßen? orakelt und die Deutsche Tageszeitung und die ihr gefinnungsverwandten Kurierblätter den Erguß unbefehlen nachdrucken. Da heißt es:

Von den fast 28 Millionen, die die Gewerkschaften im Jahre 1905 an Steuern für sich erhoben, wurden unter anderem ausgegeben, und zwar wieder nach dem Bericht der Generalkommission: Für Agitationszwecke etwa 1 1/2 Millionen, für Reiseunterstützungszwecke 712 820 Mark, für „sonstige Zwecke“ 1 037 745 Mk., für Konferenzen und Generalversammlungen 712 798 Mk., für Gehälter 466 856 Mk., für Verwaltungsmaterial 542 064 Mk. Wem kommen also die gewaltigen Summen zugute? Den Führern der Partei, die einen beträchtlichen Teil der Beiträge in die eignen Taschen stecken. Denn für sie zählen nicht nur die Gehälter, sondern auch die Posten für Reiseunterstützung.

Der heitere Zunftbruder, der da im Reichsverbandstil die Gewerkschaften verdächtigen wollte, weiß nicht einmal, daß Reiseunterstützung von den Gewerkschaften nicht an die „Führer der Partei“, sondern an die Verbandskollegen gezahlt wird, die sich auf Wanderschaft befinden. Und so etwas will über die moderne Arbeiterbewegung zu Gericht sitzen!

Preussisches Schulsein. Wie groß der Lehrermangel im Regierungsbezirk Posen ist, davon gibt das Amtliche Schulblatt für die Provinz Posen deutlich Kunde. Nach diesem sind in den letzten drei Nummern, die seit dem 5. Oktober erschienen sind, im ganzen 59 katholische, 19 evangelische Lehrerstellen und 8 Stellen an paritätischen Schulen zu besetzen. Wenn man weiter in Betracht zieht, daß die letzte Abgangsprüfung der Seminaristen im August dieses Jahres stattgefunden hat, die nächste dagegen erst im Januar 1908 erfolgen kann, so hat man eine Vorstellung von der Schärfe des Lehrermangels. Außer Betracht gelassen sind sämtliche erledigte Stellen, die in früheren Nummern des Schulblattes ausgeschrieben waren. Für die neugegründete, seit langer Zeit unbefestete Rektorstelle an der katholischen Volksschule in Opalenitz hat sich bei einem Gehalt von 1850 Mk. mit 150 Mk. Alterszulagen und 500 Mk. Mietentschädigung bis jetzt noch kein Bewerber gefunden. Auch die seit dem 1. April d. J. neu geschaffene Rektorstelle an der katholischen Volksschule in Dutz, die mit demselben Gehalt dotiert ist, konnte bisher noch nicht besetzt werden. Preußen kann auf seine Schulverhältnisse wahrlich nicht stolz sein.

Berichte.

Baun. In der am 13. November abgehaltenen Versammlung berichtete Gauleiter Lehmann, Frankenberg, über die Generalversammlung. Eingehend behandelte er die Beschlüsse derselben und wies auf die gegenwärtige wirtschaftliche Situation, sowie auf die uns durch die geplante Wanderlohnsteuer drohende Gefahr hin. Unser Verband müsse so ausgestaltet werden, daß wir der kommenden Krise getroßt entgegenstehen können. Redner erläuterte alle Beschlüsse auf Statutenänderung. In der Diskussion waren einige Redner mit der Gehaltserhöhung und der Beitragserhöhung nicht einverstanden. Nach einem Schlusswort des Kollegen Lehmann erklärte sich die Versammlung einstimmig mit den Beschlüssen einverstanden. Des Weiteren wurden die Lohnverhältnisse besprochen, die hier niedriger sind, als in andern Orten der Oberlausitz. Wenn aber die hiesigen Kollegen einig sind, wird es uns gelingen, auch die hiesigen Löhne etwas aufzubessern. Der Kollege Sofan, der das Amt als Vertrauensmann 11 Jahre zur Zufriedenheit der Mitglieder bekleidet hat, legte dasselbe wegen hohen Alters nieder. Gewählt wurde der Kollege Paul Menzel. Mit einer Aufforderung zur Einigkeit und zur weiteren Arbeit für die Organisation wurde die anwesende Versammlung mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen.

Berlin. In der am 1. November abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete der 2. Bevollmächtigte, Kollege Rafajczak, die Abrechnung vom 3. Quartal. Eingekommen wurden 8675,02 Mark (einschließlich eines Bestandes von 940,07 Mk.); ausgegeben wurden 7026,38 Mk., bleibt am Quartalschluss ein Bestand von 1588,69 Mk. Unter den Ausgaben sind 1434 Mk. Krankenunterstützung, 141 Mk. Streikunterstützung usw. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Quartals von 1335 auf 1393 gestiegen. Nachdem der Kassierer entlastet war, erstatteten die Kollegen

Boerner, Krummow und Müller eingehend Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der in Bielefeld abgehaltenen Generalversammlung. Die Versammlung erklärte sich mit den Ergebnissen derselben einverstanden.

Bünde-Niederm. Am 9. November fand hier im Vereinslokal eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht von der Generalversammlung; 2. Rassenbericht; 3. Die Bewegung bei Langhans u. Jürgensen; 4. Kartellbericht; 5. Derliche Angelegenheiten; 6. Verschiedenes. Zum 1. Punkt der Tagesordnung schilderte Gauleiter Schlüter den Anwesenden die traurigen Zustände, welche unter den Tabakarbeitern existieren. Er erklärte dann, weshalb die Generalversammlung zu dem Entschluß gekommen war, die Beiträge um 5 Pfg. und das Gehalt der Angestellten zu erhöhen. Ueberall drängten die Kollegen zu Kämpfen um bessere Löhne. Dazu müßte eine gefüllte Kasse da sein. Kollege Menke gab dann einen Bericht über die Verhandlungen auf der Generalversammlung. Derselbe erklärte, er wäre mit einer ganz andern Meinung nach der Generalversammlung gegangen. Nur wegen seines gebundenen Mandats hätte derselbe gegen Erhöhung der Beiträge stimmen müssen. Die Verhandlungen hätten bewiesen, daß die Erhöhung unbedingt erforderlich sei. Er forderte am Schluß sämtliche Mitglieder auf, die Beschlüsse der Generalversammlung, hauptsächlich auch die Gehaltserhöhung der Angestellten, mit Freuden zu akzeptieren. Es wurden dann auch einstimmig die Beschlüsse angenommen. Der Rassenbericht wurde vom Kassierer C. Könter erstattet. Bestand vom 2. Quartal 324,88 Mk., Einnahme für Beiträge 1908,10 Mark, für Extramarken 218,70 Mk., Summa 1851,68 Mk. Ausgabe 737,04, an den Vorstand gefandt 630 Mk., Rassenbestand 434,64 Mk., Summa 1851,68 Mk. Nachdem die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Punkt 3 wurde über das Vorgehen der Firma Langhans u. Jürgensen verhandelt. Die Arbeiter der hiesigen Filiale hatten bei der Firma Landwehrmann u. Plade Arbeit angenommen und darauf bei Langhans u. Jürgensen gekündigt. Die Folge davon war, daß die Arbeiter von der Firma auf schwarze Listen gesetzt wurden. Die Arbeiter forderten die Zurückziehung der Listen, welches schroff abgelehnt wurde. Nach gründlicher Auseinandersetzung mit der Firma Landwehrmann u. Plade kam dieselbe zu der Ueberzeugung, daß die Listen unzulässig sind, und nahm die Arbeiter an. Als Antwort auf das Vorgehen der Firma wurde einstimmig die Sperre über die hiesige Filiale der Firma Langhans u. Jürgensen verhängt. Den Bericht sowie die Abrechnung vom Kartell gab in kurzen Worten Kollege Menke. Zum Punkt Derliche Angelegenheiten wurden dann einige Beschlüsse, welche durch falsche Auffassungen gegen den 1. Bevollmächtigten Menke entstanden, besprochen.

Dresden. Eine Mitgliederversammlung, die sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung beschäftigte, fand am 12. November im Volkshaus statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Pogarell, wegen zu schwachen Besuchs den 1. Punkt von der Tagesordnung abzugeben. Dem wurde nicht stattgegeben. Hierauf erhielt Schmidt das Wort zur Berichterstattung. Einleitend bemerkte Redner, daß die Verhandlungen äußerst interessant gewesen seien. Die Gemüter seien oft heftig aufeinandergeplatzt, aber im allgemeinen fleißigste man sich der größten Sachlichkeit. Für den Dresdner Konflikt wurde eine Spezialkommission gewählt; diese hat fast während der ganzen Dauer der Generalversammlung getagt. Nach eingehender Prüfung des gesamten Materials, wozu auch Uhlis telegraphisch berufen wurde, und sein Material vorlegte, wurde die Handlungsweise des Vorstandes als korrekt anerkannt und eine Wiederaufnahme Uhlis abgelehnt. Der Antrag der Dresdner Kollegen betreffs Wiederaufnahme der übrigen Mitglieder des Lokalverbandes dagegen einstimmig angenommen. Nunmehr erläuterte Redner die Beschlüsse der Generalversammlung Punkt für Punkt. Zur Vorlage der Statutenberatungskommission übergehend, erklärte er, daß eine Beitragserhöhung nicht zu ungehen war. Wir müssen uns auf gewaltige Kämpfe mit dem nunmehr geeinigten Unternehmertum rüsten. Hätte die Leipziger Generalversammlung eine Beitragserhöhung von 10 Pfg. beschlossen, so wäre kein Zweifel, daß wir die hinter uns liegende günstige Konjunktur noch bedeutend besser ausnützen konnten, als dies jetzt geschehen ist. Augenblicklich machen sich schon die Anzeichen einer nahenden Krise bemerkbar, und nun gelte es, das Ertrugene zu verteidigen. Auch eine Wende der Unterstützungsbedingungen sei unumgänglich gewesen. Eine allzu weitgehende Beitragserhöhung dürfte man den Mitgliedern nicht aufbürden. Deshalb war es nötig, durch Bescheidung der Krankenunterstützung einen Teil für Kampfszwecke zu sichern. Die Krankenunterstützung habe fortgesetzt ein Defizit verursacht. Der diesmalige Ueberdusch sei durch besonders günstige Umstände veranlaßt und durchaus nicht für immer zu erwarten. Die Arbeitslosenunterstützung dagegen sei erheblich verbessert worden, was von den Mitgliedern auch in Betracht gezogen werden müsse. Diese Maßnahmen können von ungeheurem Werte werden, denn eine Krise werde die Zahl der Arbeitslosen gewaltig anschwellen lassen. Weiter wies Redner noch darauf hin, daß der Vertreter der Generalkommission, Genosse Kufe, der während der ganzen Dauer der Generalversammlung anwesend war, erklärte, daß die Tabakarbeiter auch künftighin die Unterstützung der gesamten organisierten Arbeiterschaft notwendig haben werden. Will man dies, dann muß man auch zur Sanierung der eigenen Finanzen greifen. Zum Schluß ermahnte Redner, sich dies alles vor Augen zu führen, die Beschlüsse der Generalversammlung mit Ruhe zu prüfen und sachlich zu debattieren. (Fortsetzung des Berichts in nächster Nummer des Tabak-Arbeiter.)

Emmerich. Wie bekannt, sind die Arbeiter der Firma Albrecht in Oberhausen ausgesperrt. Diese Arbeiter stehen auf der schwarzen Liste bei sämtlichen Fabrikanten des Rheinländer Fabrikantenvereins, können folgedessen in Rheinland keine Arbeit bekommen. Diese Solidarität der Fabrikanten zwingt uns dazu, ihnen die Arbeitskräfte soviel als möglich zu entziehen. Auch sind bei der Firma Müller u. Co. in Emmerich Differenzen entstanden. Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten.

Jüterbog. Am 10. November sprach der Gauleiter Max Niesel im Gasthaus zum Weißen Schwan über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in einer öffentlichen Versammlung. In etwa anderthalbstündigen Ausführungen entrollte er das Elend, unter dem die deutschen Tabakarbeiter seufzen. Durch die Besteuerung des Tabaks haben die Unternehmer ihre Betriebe in ländliche Gegenden verlegt, um so die Löhne in den bisherigen Hauptorten der Tabakindustrie zu drücken. Und wieder soll die Tabakindustrie mit einer neuen Steuer belastet werden. Es ist klar, daß die Unternehmer die Steuer durch Lohnabzüge werden eindringen wollen. Deshalb muß kräftig gearbeitet werden, damit der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin der Organisation zugeführt werde. Um die Organisation besser ausbauen zu können, empfahl Redner das Fabrikvertrauensmänner-System einzuführen. Ueber diesen Vorschlag entspann sich eine lebhafteste Debatte. Schließlich wurde die Angelegenheit den Bevollmächtigten zur weiteren Beschlusfassung überwiesen. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten wurde die leider sehr schwach besuchte Versammlung geschlossen.

Halle a. S. In der Mitgliederversammlung am 2. November in Karl Korbs Restaurant, Jakobstraße, wurde als 3. Bevollmächtigter Kollege Richard Krause gewählt. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab, daß sechs Kollegen und Kolleginnen von der Beherschen Fabrik wegen Resten gestrichen worden sind.

Die Kontrolleure haben die Abrechnung geprüft und für richtig befunden, dem Kassierer wurde deshalb von der Versammlung Decharge erteilt. Der Kartellbericht konnte nicht erledigt werden, weil der Delegierte in der letzten Kartelltagung nicht anwesend war. Ueber die Bielefelder Generalversammlung berichtete Gauleiter Otto Wenzel. Er besprach in eingehender Weise einige der gefassten Beschlüsse. Die Gehaltserhöhung für die Verbandsangestellten wurde gebilligt, denn man kann sie nicht für ihre aufopfernde geistige Tätigkeit mit einem Hungerlohn abspesen. Die Arbeiter dürfen sich nicht auf den Standpunkt ihrer Gegner stellen. Die Beitragserhöhung um 5 Pfg. wird zwar manchem unangenehm sein; aber wenn der Verband Kampfmittel schaffen muß, um die traurige Lage der Tabakarbeiter zu befeitigen, so muß der Beitragserhöhung zugestimmt werden. Die 5 Pfg. werden doch nicht umsonst gefordert. Kollege Wenzel richtete zuletzt an die Anwesenden den dringenden Appell, die Interessen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zu unterstützen. Zur Diskussion meldeten sich einige Kollegen, und es wurde besonders das Verhalten des Kollegen v. Elm, Leiter der Tabakarbeitergenossenschaft, auf der Generalversammlung stark kritisiert. Wie könne es der deutsche Tabakarbeiterverband mit ansehen, wenn ein Mann wie v. Elm die Genossenschaftsmitglieder der Hohenheimer Filiale als Versuchskaninchen gebrauchen wolle, indem er erst einen Lohn von 7,50 Mark pro Tausend und dann nach einiger Zeit den gesetzten Minimallohn von 8 Mark pro Tausend genehmigt? Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heute, am 2. November, stattfindende Mitgliederversammlung der Tabakarbeiter von Halle erklärt sich mit den Beschlüssen der Bielefelder Generalversammlung voll und ganz einverstanden, und verspricht, mit allen Kräften für den Verband zu agitieren.“ Kollege Paul Lorenz erstattete die Abrechnung vom Kränzchen im Volkspark, bei dem ein Defizit zu verzeichnen ist. Es wurde bedauert, daß die Halleischen Tabakarbeiter zu wenig Interesse für diese Unternehmen besitzen, und daher der schlechte Besuch gekommen sei. Anwesend waren 13 Personen. Es ist zu bedauern, daß es noch in manchen Köpfen der Tabakarbeiter so dunkel aussieht, denn es ist eine Schande, wenn von circa 60 organisierten Tabakarbeitern nur 10 bis 15 vertreten sind. Wozu sind denn die Versammlungen da? Wird denn nicht in jeder Versammlung die traurige Lage der Tabakarbeiter erörtert? Warum organisiert man sich denn? Will man das Joch der Lohnschinderei abschütteln will, deshalb schließt man sich dem Deutschen Tabakarbeiterverbande an. Somit dürfte kein Kollege und keine Kollegin bei Mitgliederversammlungen fehlen. Halleische Kollegen und Kolleginnen, erscheint zahlreich in den Versammlungen; nur dort ist der Ort, wo ein jeder sein Wort zur Geltung bringen kann, und nicht am Tisch seiner Stammtische.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 4. November im Gewerkschaftshaus. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 3. Quartal und die Mitgliederbewegung, worauf ihm Entlastung erteilt wurde. Dann erstattete Kollege v. Elm den Bericht von der Generalversammlung. Er begann mit der Verschmelzungsfrage zwischen Tabakarbeiter- und Sortiererverband. Die Vorschläge des Vorstandes der Tabakarbeiter seien von den Sortierern abgelehnt, andererseits seien die Grundzüge der von den Sortierern gemachten Vorschläge vom Vorstand der Tabakarbeiter abgelehnt worden. Man dürfe die Sortierer nicht zwingen, ihre Einrichtungen aufzugeben und in den Tabakarbeiterverband überzutreten, weil dadurch nur Uebelheiten stattfinden würden. Die Höhe und Dauer der Unterstützungsätze seien bei den Sortierern den Mitgliedern durch statistische Bestimmungen garantiert. Die Verschmelzungsfrage würde durch spätere Kämpfe entschieden werden. Es bestände jetzt ein gegenseitiges Mißtrauen der Vorstände beider Organisationen. Ueber die Frage der Taktik bei Lohnkämpfen sei er mit dem Referat des Kollegen Eberle einverstanden. Man dürfe nicht die Kämpfe bis zum Weißbluten führen. Der Zusammenschluß der Fabrikanten und die gegenseitige Unterstützung derselben, sowie die recht leichte Verlegung der Herstellung von Zigarren bedinge es, daß eventuell ein Kampf abgebrochen werde, um vielleicht in einigen Wochen wieder zu beginnen. Wohl käme es bei derartigen Anlässen (wenn die Führer für Abschluß des Streiks eintreten) oftmals zu scharfen Auseinandersetzungen, und Worte wie Verräter, Kapitalistenknechte usw. würden den Betreffenden an den Kopf geschleudert. Man müsse so etwas eben einmal mit in den Kauf nehmen. Zur Frage der Taktik gehöre vielleicht auch die Forderung des Minimallohns. Nun sei es allerdings ein Unding, bei den jetzt so verschiedenen Lohnverhältnissen an einen allgemeinen Minimallohn zu denken, doch könnte man Distrikts-Minimallöhne einführen. Es dürfte sich, um dieses zu ertingen, vielleicht eine Schutzmarke empfehlen, jedoch müßte da die ganze Arbeiterschaft dahinterstehen. Die Generalkommission sowie der Gewerkschaftskongress müßten ihre Zustimmung dazu geben. Bei der Statutenberatung sei es ihm unmöglich gewesen, an dem Standpunkt, keine Kürzung der Krankenunterstützung-Einrichtung vorzunehmen, sondern die nötige Beitragserhöhung eintreten zu lassen, festzuhalten. Die Kürzung der Krankenunterstützung sei notwendig gewesen, ebenso die Erhöhung der Beiträge. Die Arbeitslosenunterstützung habe eine Aufbesserung erhalten, ob sie aber durchführbar sei, wäre noch nicht ganz sicher. Leider hätten die westfälischen Kollegen gegen den Statutenentwurf gestimmt, namentlich wegen der Beitragserhöhung. Hätte der Vorstand mehr Mittel gehabt, wäre mehr bei dem guten Geschäftsgang erreicht worden. Dann gibt Kollege v. Elm noch eine Darstellung der Hanauer Differenzen und kommt zum Schluß auf die Gehaltsregulierung der Verbandsbeamten zu sprechen, die sämtlich eine Aufbesserung von 200 Mk. erhalten haben. Alles in allem habe die Generalversammlung eine ernste Arbeit geliefert. Wir müßten nun dafür sorgen, daß die gefassten Beschlüsse zur Fortentwicklung des Verbandes beitragen mögen. Sander ergänzt den Bericht und erläutert die Dresdner Angelegenheit. Der Ausschluß des dortigen Ortsbeamten Uhlis sei notwendig gewesen. In der Diskussion erklärt Niedermann, daß v. Elm die Hanauer Differenzen nicht richtig wiederzugeben habe, und erhebt schwere Anklagen gegen die Leitung der Tabakarbeitergenossenschaft und gegen die Leitung der Hanauer Fabrikfiliale. Bobbin übt Kritik an der übermäßig langen Verhandlung der Verschmelzungsfrage mit dem Sortiererverband. Die übrigen Verhandlungen hätten dadurch sehr stark gelitten. Auch ist er mit den Verlegungen der Genossenschaftsfilialen nicht einverstanden. Von Kufleder wird die Darstellung des Kollegen v. Elm auf der Generalversammlung über seine (v. Elms) Hamburger Rede gegenüber dem Vorstand und den Gauleitern als unrichtig bezeichnet. Ferner spricht er seine Verwunderung aus, daß Sander die Darstellung in Bielefeld als richtig bezeichnet habe, wo doch auch Sander dem darüber aufgenommenen Protokoll keine Zustimmung gegeben habe. Sander bestreitet, daß er seine Zustimmung zu den Ausführungen in Bielefeld gegeben habe. Die Berichte in der Zeitung seien mangelhaft und unrichtig; er verweise auf das Stenogramm. Birkenhagen ist auch der Meinung, daß die Sortiererangelegenheit zu viel Raum auf der Generalversammlung eingenommen habe. Er könne gar nicht begreifen, wie v. Elm dort dem Vorstand den Vorwurf machen konnte: „In Dresden seien durch die ungeschickte Taktik des Vorstandes 2000 Mitglieder aus dem Verband getrieben.“ Förster geht die Verhandlungen auf der Generalversammlung durch und gibt sein Einverständnis und bis auf die Einschränkung der Leistungen für Selbständige. Er ergeht sich in längeren Ausführungen über die von Niedermann gemachten Ausfragen betreffs der Lohnfrage bei der Tabakarbeitergenossenschaft. Weiter bespricht er noch die Organisationsmöglichkeiten der männlichen und weiblichen Arbeiter und gibt der Meinung Ausdruck, daß unter allen Umständen in Westfalen und im Süden erst bessere Verhältnisse er-

runge werden müßten. Nachdem noch Kunkel als Ausschußmitglied gewählt, wurde die Versammlung wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Nordhausen. Die Arbeiter der Firma Roland, Inhaber G. Ritter in Treffurt (Eich Bremen), reichten am Sonnabend, den 16. November, die Kündigung ein. Grund hierzu war, daß die Geschäftsleitung auf die Lohnforderung der Kollegen ungenügende Lohnzugeständnisse und zum Hohn auch noch auf eine Sorte einen Abzug von 25 Pfg. pro Wille machte. Zuzug ist deshalb streng fernzuhalten.

Offenburg (Baden). Hier tagte am 9. November im Ganauer Hof eine Mitgliederversammlung. Der Kollege P. Haberer erstattete Bericht von der Bielefelder Generalversammlung. In der Hand der Tagesordnung der Generalversammlung begründete Redner seine Stellungnahme und Abstimmung zu den einzelnen Anträgen. Wenn er nicht nach der Ansicht der Offenburg Kollegen gestimmt habe, so sei dieses darauf zurückzuführen, daß er durch die mündliche Erläuterung des Jahresberichts und durch das Referat des Sekretärs Eberle zu ganz andern Ansichten gekommen sei. Im ferneren habe er durch sein Mitarbeiten in der Statutenberatungskommission die Überzeugung gewonnen, daß eine Erhöhung der Beiträge im Interesse der gesamten Kollegenschaft, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erlangen zu können, vorgekommen werden mußte. Was die Krankenunterstützungseinrichtungen betreffe, sei zu konstatieren, daß auch dort einige Klassen schlecht gearbeitet hätten. Die Ursache dafür sei, daß man mit den Leistungen zu hoch gegangen sei, wenn man alle andern Verbände betrachte, so sei zu konstatieren, daß unser Verband im Verhältnis zur Beitragsleistung zu viel zahle, deshalb habe er auch für die Streichung der 3 Tage gestimmt, um dem Verband mehr Kampfmittel zuzubringen. Denn als Kampforganisation sei der Verband gegründet, die andern Einrichtungen seien nur Mittel zum Zweck. Er habe nach bestem Gewissen im Interesse für die Besserstellung der Kollegenschaft gehandelt, wie er es seit 20 Jahren getan habe, er persönlich habe weder Vorteil noch Nachteil von einer Beitragserhöhung, da er ja selbstständig sei; nur der Drang zur Verbesserung der Löhne sei das Leitmotiv. Wenn man angesichts solcher Tatsachen dann noch den Mut habe und in den Wirtschaften umherrede, er vertrete die Interessen der Kollegen nicht mehr, so tue man ihm das bitterste Unrecht. Die Fabrikanten seien darüber anderer Meinung und hätten über ihn und den Gauleiter andre Urteile gefällt. An ihm solle es nicht liegen, man möge getrost an seiner Stelle einen andern wählen, dem Verbande bleibe er ein treues Mitglied und werde als solches stets und alle Zeit wirken. In der Diskussion nahm zunächst Zentner das Wort und kritisierte die späte Berichtserstattung durch Haberer, was den Unwillen der Kollegen hervorgerufen habe. Dann habe Haberer entgegen den Aufträgen der Mitgliederversammlung seine Abstimmung vorgekommen, was ein Vertrauensbruch sei. Die Erhöhung der Beiträge würde einen Verlust an Mitgliedern zur Folge haben, der Verdienst der Kollegen sei zu minimal in Süddeutschland. Kollege Eberle ist der Meinung, daß die Beschneidung der Krankenunterstützung viel böses Blut erweckt habe, es falle schwer, den Mitgliedern die neuen Bestimmungen begreiflich zu machen, das hätte auch Haberer bedenken sollen. Kollege Krumphard schloß sich den Ausführungen Zentners an. Kollege Becker kritisierte das Verhalten einiger Kollegen im Betrieb, die durch ihr abfälliges Urteil über die Stellungnahme Haberers künstlich die Zwistigkeiten fördern und zwar so laut, daß es bis an das Ohr des Unternehmers dringe, wie es durch den dritten Bevollmächtigten geschehen sei. Heute habe derselbe den tapferen Teil gewählt und sei lieber zur Weisse gegangen, als sich über die Gründe zu informieren, die zur Beitragserhöhung und zur Beschneidung führen mußten. Er sei der Meinung, daß die kleine Last noch zu tragen sei, in Hinsicht auf Eringung besserer Lohnverhältnisse. Gauleiter Heising ist der Meinung, daß es von vornherein eine bessere Sache sei, wenn man einen Delegierten mit einem gebundenen Mandat zur Generalversammlung entsende. Zunächst treffe es zu, daß Haberer von mehreren Zahlstellen delegiert sei, die einen ganz entgegengegesetzten Standpunkt einnehmen, wie ein Teil der Offenburg Kollegen. Wenn man dann obenher noch sage, die Opposition wäre nicht entstanden, wenn Haberer für die Offenburg Anträge gestimmt hätte, dann gingen ihm dafür die Begriffe ab. Denn, wenn Haberer mit dafür gestimmt hätte, so wären im ganzen 18 Stimmen gegen die Erhöhung gewesen und die Sache sei dennoch angenommen. Also den Luxus hätte sich Haberer schon erlauben können. Die ganzen Verhältnisse innerhalb des Verbandes seien aber doch andrer, enfter Natur und wenn man als Delegierter gewählt sei, so habe man gewissenhaft mit zu raten und zu taten, damit der Gesamtverband keinen Schaden leide. Redner geht nun an der Hand des Jahresberichts auf das Unterstützungsweesen des Verbandes ein, und weist nach, daß eine Aenderung geschehen mußte. Wenn bei der Krankenunterstützung eine Beschneidung vorgekommen sei, so müsse doch auch konstatiert werden, daß die Unterstützungsätze für Arbeitslosigkeit gestiegen seien. In weiteren verbreitet sich Redner über die Kämpfe und Erfolge der letzten 3 Jahre, welche Ausgaben damit verknüpft seien, wenn man Erfolge in bezug auf bessere Löhne für die Kollegen erzielen wolle. Redner unterbreitete dann der Versammlung eine Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben für den 9. Gau, aus welcher hervorging, welche Opfer der Gesamtverband im Interesse der badischen Kollegen bringe. Das solle kein Vorwurf sein, sondern er wünsche, daß die Ansicht von der Notwendigkeit des Vordringens in Baden sich immer mehr geltend mache, daß sei einzig und allein der Weg zur gründlichen Umgestaltung der Lohnverhältnisse in der deutschen Tabakindustrie. Es fand dann noch eine kurze Auseinandersetzung über einen Briefwechsel statt zwischen Haberer und Zentner einerseits und Haberer und Ehle andererseits. In seinem Schluswort ging Haberer noch kurz auf die Einwendungen der Kollegen Zentner, Ehle und Krumphard ein und empfahl den Kollegen, die Worte des Gauleiters zu beherzigen. Denn in der Einigkeit liege die Bürgschaft für spätere Erfolge. Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die heute tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Offenburg ist nach Anhörung der Berichte durch Haberer und Heising zur Ansicht gelangt, daß eine Erhöhung der Beiträge notwendig war und erklärt demgemäß, den Beschlüssen der Generalversammlung Rechnung zu tragen.“

Uereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederweland Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Aufschriften sind an Emil Gilken, Altona-Ottensen, Scheel-Platzstr. 1, I., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet wurde das Buch S. I. 47268, lautend auf Wilh. Reagers aus Neunkirchen, geb. 23. 8. 61, eingetr.

am 1. 10. 06 in Boitzenburg. Ausgesteuert für 1907, Beitrag bis 1. 11. 07 bezahl. Derselbe war zuletzt in Deuben. (S. 3211)

Als verloren gemeldet wurde das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Otto Schade aus Kiel, S. II, 26695, eingetr. am 16. 4. 1899. Das Buch ist im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren. (3228)

Als verloren gemeldet wurde das Mitgliedsbuch, lautend auf den Namen Gustav Meyer aus Spiekermülldorf, S. I, 6210, Kl. IV, eingetr. am 25. 7. 03. Das Buch ist im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren.

Das Mitglied Jakobus Granat aus Kohnowa, S. I, 63387, eingetr. am 1. 6. 07, ist von Mühlhausen i. Th. ohne Abmeldung abgereist und hat 1.— Mk. Strafe zu zahlen. (3245)

Nach § 15 sind in Herzberg a. S. gestrichen: Karl Papp, S. I, 11397, a. f. g. 9. 2. 01; Meta Papp, S. I, 11387, aufgen. am 30. 10. 02. (3166)

Ferner wurde gestrichen: Martin Lassner, bisher Bevollmächtigter in Rheyd. (3183)

Achtung!

Max von Kettler aus Dresden, S. I, 15486, eingetr. am 28. 3. 01, hat an einer Anzahl gleicher Tage in verschiedenen Zahlstellen, hauptsächlich in Baden Unterstützung erhoben. Nach untrübe Ueberficht hat dieser bereits die doppelte Unterstützung in diesem Jahre abgehoben. Leider sind wir trotz mehrfacher Aufforderung noch nicht im Besitz des Mitgliedsbuches. Da es sich hier um einen ganz raffinierten Schwindler handelt, ersuchen wir alle Bevollmächtigten dringend auf das Buch Obacht zu geben und bei zu konfiszieren. Vermutlich hat Kettler zwei Bücher.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Hamburg: Fr. Zentner als Kontrollleur.
Für Liebschwitz: Ernst Heyner als 1. Bev.
Für Mühlberg a. C.: Rob. Naumann als Kontrollleur.
Für Osnabrück: Aug. Egbers als Kontrollleur.
Für Speyer: Marie Wolf als 3. Bev.; Wilh. Jöst, Helene Schwarz als Kontrollleure.

Vom 12. bis 18. November 1907 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
Nr.	M.
8. November.	
Altenbusch	207,35
10. Dabme	64,50
11. Hamburg	509,—
11. Alshausen	55,—
11. Salsgufen	160,—
11. Ottenfen	600,—
11. Neuruppin	89,—
11. Zgehoe	184,10
11. Merseburg	159,—
11. Erier	8,60
11. Waugen	83,40
11. Clausdal	25,—
11. Kyritz	47,80
11. Eifterwerda	16,50
11. Zirke	79,45
11. Kanth	33,80
11. Friesenbeim	121,43
11. Freiberg	250,—
12. Wunde	50,—
12. Küstrin	43,60
12. Aufloch	23,80
12. Wismar b. Otzen	10,90
12. Rintheim	40,—
12. Eiten	35,—
12. Voisenburg	30,—
12. Berlin	700,—
12. November.	
Wungststadt	230,—
12. Helmshausen	28,02
12. Barntrup	27,60
12. Bried i. Schf.	40,—
12. Zwidaun	71,50
12. Hartha	50,—
13. Löhne i. W.	6,10
13. Oldendorf i. S.	97,65
13. Witten i. W.	700,—
13. Ködjen-Troße	48,99
13. Ehenkoben	5,40
14. Delmenhorst	250,—
14. Dresden	500,—
14. Baden-Baden	100,—
15. Chemnitz	100,—
15. Offenburg	100,—
15. Münscheberg	4,10
15. Neustadt	19,20
16. Krefel	60,—
16. Calmbach	6,93
16. Barmbed	200,—
16. Nordhausen	300,—
16. Kirchengerit	400,—
17. Walsungen	60,50
17. Stuttgart	46,20
17. Drsfon a. Rh.	90,—

Berichtigung: In Nr. 46 des Tabakarbeiter muß es unter Neumünster 140.— Mk. Verbandsbeiträge und 20.— Mk. freiwillige Beiträge, statt 160.— Mk. Verbandsbeiträge heißen.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwalge Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 18. November 1907. W. Niederweland, Marktstraße 18, II. Kassierer.

Laut Beschluß des Vorstandes werden vom 1. Januar 1907 ab allwöchentlich die Zahlstellen bekannt gegeben, welche Wertzeichen erhalten und ersuchen wir die Bevollmächtigten, dies zu beachten, und sind etwalg Reklamationen sofort zu machen, andernfalls das hier notierte als erhalten angesehen wird.

Es erhielten vom 11. 11. bis 16. 11. 07 folgende Zahlstellen Wertzeichen:

11. 11. 07.	Zünde i. W.	Marken Kl. II 2000, Kl. III 200, Kl. IV 200.	
12. 11. 07.	Eifterwerda.	Extra-Marken 10 a 30 Pfg.	
Merseburg.	Marken Kl. IV 100, Kl. V 100.	Extra-Marken 50 a 30 Pfg.	
Neuruppin.	Marken Kl. IV 100.		
Erier.	Extra-Marken 50 a 30 Pfg.		
Lemgo i. L.	30 Bücher.		
13. 11. 07.	Braunschweig.	Extra-Marken 400 a 20, 400 a 30 Pfg.	
Söllingen.	Marken Kl. III 100.		
Wintersdorf.	Marken Kl. I 100, Kl. II 200.		
Küstrin II.	Extra-Marken 50 a 30 Pfg.		
14. 11. 07.	Ködjen-Troße.	Marken Kl. I 400.	Extra-Marken 50 a 20 Pfg.
Löhne.	Marken Kl. III 100.	Extra-Marken 30 a 30 Pfg.	
Rees a. Rh.	Extra-Marken 50 a 30 Pfg.		
Zwidaun.	Marken Kl. I 100, Kl. III 100.	Extra-Marken 50 a 20 Pfg.	
Ottensen.	50 Bücher.		
15. 11. 07.	Langwedel.	Marken Kl. II 100, Kl. IV 100.	
Plottho i. W.	Marken Kl. III 400.		
Kief.	Marken Kl. III 100, Kl. IV 100.	Extra-Marken 50 a 30 Pfg.	
Lage i. L.	10 Bücher		
Kirchheim.	50 Bücher.		
16. 11. 07.	Dresden.	Marken Kl. I 4000, Kl. II 6000, Kl. III 1000.	
Breslau.	100 Bücher.		
Deuben.	Marken Kl. I 800, Kl. II 400.	Extra-Marken 200 a 20 Pfg.	
Lausbach.	Marken Kl. I 500.	Extra-Marken 100 a 20 Pfg.	
Delmenhorst.	Marken Kl. V 200.	Extra-Marken 50 a 30 Pfg.	

Provisorisch aufgenommen sind:

Elisabeth Peveratz, Ewertus Gysbers aus Nymegen, Frau Wiltener aus Gauda, J. Dertien aus Rotterdam. (258)
Peter Hedegaard aus Hadersleben (4. N.). (376)

Karl Breuß aus Steittin (4. N.), Christiane Bunsel aus Peterswaldbau, Minna Kühn aus Peitzersdorf. (206)

Jakob Müller, Joh. Dom. Mock, Anna Weber aus Seligenstadt. (363)

Max Jäckel aus Breslau. (89)

Emil Fabian, Minna Leißner aus Spremberg, Wilh. Leißner aus Kottbus. (333)

Heinr. Waldmann aus Osterbruch, August Kruse aus Sebezen (6. 3. N.), Alb. Ude aus Sebezen, Ludwig Jänich aus Gandersheim. (111)

Emil Dreißvoigt aus Rheba, Wilh. Dfegge aus Hafelünne (4. N.). (288)

Friedr. Matemeier aus Dothausen, Friedr. Höfener aus Wittlage. (438)

Hermann Freund aus Reudorf (4. N.), Selma Wytek aus Ebbau. (267)

Heinrich Rose aus Boringhausen, Gerhard Rolf aus Bowe (4. N.), Heinrich Feldmann aus Lengern, Wilhelm Krömker, Fr. Lohoff, W. Becker, W. Eversmeyer aus Kirchlangern. (180)

Emma Gude aus Schönberg. (134)

Georg Wendling, Eva Schmitt, Anna Schemenauer, Kath. Klingmann, Magdalena Kühnt, Elise Biffeler aus Kirchheim, Susanna Witt aus Rohrbach. (388)

Oskar Schormann aus Pyrmont, Ernst Stewing aus Lemgo. (205)

Emma Huhn geb. Lehmann aus Kloster-Zinna, Marie Eckart geb. Wiegand aus Jüterbog. (166)

Max Bohlmann aus Burg b. Magdeburg. (11)

Karl Schleif aus Dranienbaum. (217)

Max Naumann, Karl Herrmann aus Selgern. (343)

Paul Friedrich aus Wanfen. (122)

Anna Keil aus Ganena b. Halle a. S. (162)

Wilh. Seeger aus Salchau. (345)

Meta Bertelmann aus Nieder-Halbenborn (4. N.). (478)

Emil Johne aus Königstein, Auguste Wellesen aus Pirna. (267)

Konrad Hillgärtner, Helene Becker, Marie Luhn, Marie Hillgärtner, Marie Schnell, Auguste Hillgärtner aus Kesselbach. (?)

Robert Brinckhoff, Wilh. Schüller, August Biermann, Wilh. Ewering, August Landwehr, Anna Niehaus, Herm. Meyer, Johanne Niehaus, Herm. Buschmann, Jba Diekmann, Herm. Schüller, Auguste Bruelheide, Anna Oberhaus, Johanne Bruelheide, Luise Hofamp, Auguste Landwehr, Friederike Diting, Minna Kartelmeier, Friederike Freitag, Friederike Rottmann, Gustav Fleer, Friederike Ahlweilt, Heinr. Krubus, Anna Kartelmeier, Heinr. Meh, Anna Sidmann, Herm. Diekmann, Marie Ullter, Wilh. Diekmann, Friederike K., Gustav Delschläger, Heinr. Dittmann, Herm. Ewering, Luise Kleinbrand, Herm. Schröder. (227)

Wilhelm Göhner aus Niederbezen. (48)

Hedwig Püschel aus Deuben, Emma Schumann aus Gunnersdorf, Martha Halfort aus Nieder-Hällich. (77)

J. Burmer aus Lutzburg. (81)

August Frahm aus Walfenbed (4. N.). (236)

Johann Voos aus Molborn (4. N.). (236)

Elise Albert aus Würzburg, Kaspar Wagenbrenner aus Versbach. (377)

Marie Flach aus Ehenkoben, Kathe Grimm aus Herzheim

Nich. Staut aus Heilberg. (94)

Martha Grumm aus Frankfurt. (101)

Marin Ingold, Johann Schäfer aus König. (112)

Emma Schinkel geb. Förster aus Jüterbog. (166)

Rosa Kede aus Orlamünde. (244)

Christoph Bode aus Heiligenstadt (4. N.). (323)

Jakob Hoffmann, Wilh. Trüttelein aus Hockenheim. (298)

Emil Böger aus Lemgo. (249)

Friederike Hausmann aus Goslar. (119)

Franz Busch aus Schwaan. (287)

R. Schwabe, Alb. Rügge, H. Möhrs, H. Rügge aus Gittelbe. (42)

Friedr. Kijinger aus Rees, Leo Bogers aus Streift (Holland), Elisabeth Bogers aus West (Holland). (285)

Ernst Passhaus, Karl Volting (4. N.), Friedr. Storkmeier, Heinrich Rube, Heinr. Sobnsmeier aus Böhne. (422)

Emma Kollberg aus Warendorf. (8)

Paul Werdywerth aus Jüterbog, Gustav Fiedler aus Beelitz. (346)

Stephan Humpe aus Rheba. (172)

Paul Körner aus Sprottau. (225)

Adolf Schütze aus Brandenburg (4. N.). (248)

Frau Walla geb. Strickstraf. (361)

Anna Roscher aus Dresden. (267)

Wilh. Matties aus Bönwiede. (354)

Herm. Seipel aus Groß-Muheim (4. N.), Herm. Gettner, Martha Krause aus Lufau. (202)

Bernh. Brügemann aus Duderstadt. (163)

Etwalge Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Adressen-Änderung:

Für Liebschwitz: Der 1. Bev. Ernst Heyner wohnt jetzt Nr. 56 F.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)

In Klein-Auheim: Sonntag, den 24. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Gasthaus zum Deutschen Haus. Tagesordnung:

1. Berichtserstattung vom Verbandstag in Bielefeld. Referent: Kollege Gräbener, Hanau. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Verschickenes. — Wir richten an die Kollegen und Kolleginnen das Ersuchen, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen. 3. A.: Der Bevollmächtigte.

In Wernigerode: Sonntag, den 24. November, abends 6 Uhr, im Vereinslokal Volksgarten. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Nachdem: Gemütliches Beisammensein. — Alle Mitglieder nebst Angehörigen sind hierzu freundlichst eingeladen. 3. A.: Der Bevollmächtigte.

In Lemgo: Montag, den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn H. Volland. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Jedes Mitglied muß pünktlich erscheinen. 3. A.: Der Bevollmächtigte.

Frankfurt a. O. Die zureisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Verkehrslokal Große Oberstraße 51 (Gewerkschaftshaus) sich befindet, wofolbst übernachtet werden kann. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Mythenhorst, Mozartstraße 5, I. Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., kurze Straße 3. Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruhelplatzstraße 24.

Eingegangen: Untergrombach 80.— Mk., Bried 50.— Mk., Röbersheim 100.— Mk., Neulufheim 300.— Mk., Bölgig 75.— Mk., Rheingönheim 100.— Mk.

Sterbekasse: Bried 7.50 Mk., Ratibor 67.57 Mk., Ebbau 30.33 Mk., Bölgig 10.— Mk., Breslau 61.— Mk., Lauffen 22.50 Mk. Zuzüsse: Freben 25.— Mk., Waugen 50.— Mk., Breslau 61.— Mk., Halle a. S. 75.— Mk., Fenerbach 100.— Mk., Lauffen 50.— Mk.

Krankengeld: 58.— Mk.

Hamburg, den 18. November 1907. H. Otto.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter

in den wichtigsten Ländern beträgt nach den neuesten Angaben, die zu erlangen sind:

in	Zeit	Zahl der Organisierten absolut	in Prozent der Gesamtbevölkerung	vorherige Zahlen
Vereinigten Staaten und Kanada	1900	ca. 2 300 000		
Deutschland	1906	2 215 165	3,61	3,23
Großbritannien und Irland	1. 1. 1906	1 887 823	4,50	4,50
Frankreich	1. 1. 1906	836 134	2,13	2,00
Oesterreich	1. 1. 1907	448 270	1,62	1,24
Italien	1906/07	426 184	1,27	0,80
Rußland	Frühjahr 1907	246 272	—	—
Ungarn	1. 1. 1907	153 332	0,75	0,87
Belgien	1. 1. 1906	148 483	2,10	1,92
Schweden	Nov. 1906	126 272	2,36	1,92
Australien	1. 1. 1904	100 626	2,64	2,64
Dänemark	1. 1. 1907	99 052	3,80	3,71
Schweiz	1906	57 300	1,63	1,44
Niederlande	1904	37 721	0,70	0,78
Spanien	März 1906	36 557	0,19	0,31
Neuseeland	1904	27 714	3,4	3,58
Norwegen	1. 1. 1907	25 000	1,06	0,78

Die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten können nur ungefähr angegeben werden, weil zahlreiche Organisationen keine Zahlen über ihr Geschäftsgebahren veröffentlichen und viele für ihre Zahlen auch keine besondere Genauigkeit beanspruchen. Sogar die American Federation of Labor veröffentlicht keine genauen Berichte über ihre Mitglieder. Die Gesamtzahl der ihr angeschlossenen Mitglieder belief sich Ende September 1906 auf 1 444 200; dazu kommen 261 500 Mitglieder der Straßenbahnerorganisationen, die der Federation nicht angeschlossen sind, sowie manche anderen Organisationen. Im ganzen werden dort 1 970 700 organisierte Gewerkschaftler geschätzt. Der absoluten Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter nach steht also das Deutsche Reich mit 2,21 Millionen an der Spitze; dann folgen die Vereinigten Staaten und England.

Zum Vergleich der einzelnen Länder unter sich sind in der letzten Spalte die Prozentfähe der Organisierten an der Gesamtbevölkerung für das vorangehende Jahr angegeben. Danach nehmen den höchsten Anteil an der Gesamtbevölkerung die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Großbritannien und Irland ein mit 4,5 Prozent. Unter je 22 Einwohnern ist einer gewerkschaftlich organisiert. Dann folgt Dänemark mit 3,8 Proz. Organisierten, das Deutsche Reich mit 3,61 Proz., Neu-Seeland mit 3,4 Proz. usw. — Großbritannien, das nur wenig mehr bevölkert ist als Frankreich, hat weit über doppelt soviel Gewerkschaftsmitglieder wie dieses Land. Das kleine Dänemark weist viel mehr organisierte Arbeiter auf als das große Spanien.

Erfreulich sind die Fortschritte in der Bewegung, die fast überall zu verzeichnen sind. Namentlich Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Italien und Rußland weisen große Fortschritte auf.

Das allgemeine Bild, das die Zahlen trotz ihrer Mangelhaftigkeit darbieten, ergibt den enormen Vorsprung der germanischen Länder vor den romanischen auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens. Naturgemäß ist das zum Teil nur ein Ausdruck für die stärkere Industrialisierung der germanischen Länder. Doch werden anderseits in den romanischen Ländern teil andere Arbeitergruppen von der gewerkschaftlichen Organisation ergriffen. Zudem ist auch in den Ländern, in denen die gewerkschaftliche Bewegung noch verhältnismäßig neu ist, in den letzten Jahren ein außerordentlicher Fortschritt zu beobachten.

Noch im Vorjahre hatten die englisch sprechenden Länder die Führerschaft in der Gewerkschaftsbewegung. Es war aber schon zu bemerken, daß andere Länder so stark vorwärtsschritten, daß sie berufen erscheinen mußten, an die Spitze zu treten. Jetzt steht Deutschland dank der eifrigen Arbeit der freien Gewerkschaften an der Spitze, aber auch dank der Haltung des Bürgertums, die die Arbeitermassen aneinanderreißt. Noch vor einigen Jahren hatten die deutschen Gewerkschaften noch nicht eine Million Mitglieder, nun sind sie schon über die zweite Million hinaus, und hoffentlich haben sie die freien Gewerkschaften allein auch bald erreicht. Auch Oesterreich hat in wenigen Jahren die Zahl seiner gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verdoppelt, und Ungarn und Italien haben ihre Gewerkschaften überhaupt erst in den letzten fünf Jahren geschaffen. — Die Ursache dieser Verschiedenheiten liegt ja klar zutage. In den letztgenannten Ländern haben es die Arbeiter verstanden, sich eine unabhängige und kräftig emporstrebende politische Vertretung zu verschaffen, während die rein wirtschaftliche Arbeiterbewegung in dem klassischen Lande des Gewerkschaftswesens, in England, sich glatt auf den Sand gesetzt sehen mußte. Erst allmählich begreifen die englischen Arbeiter ihre Lage und fangen an, sich nach politischer Macht umzusehen und sich von der Bourgeoisie loszusagen.

Die Aufgabe der Frau.

K. In der herrschenden Gesellschaftsform wird das weibliche Geschlecht durchaus nicht als vollwertig angesehen, und dementsprechend sind auch ihre Rechte im öffentlichen Leben bemessen. Die Rechtlosigkeit der Frau ist eine alte Ueberlieferung aus der Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts. In alten Zeiten sehen wir das Weib mit einer Anzahl Pflichten aller Art überladen, wir sehen die Frau als Universalhandwerkerin mit den primitivsten Arbeitswerkzeugen die Gebrauchsgegenstände, die die Familie benötigt, herstellen, wir sehen sie im Ackerbau und in der Viehzucht beschäftigt; allüberall treffen

wir auf Spuren weiblicher Beschäftigung, wie uns Engels im Ursprung der Familie nachweist.

Mit dem Streben der Menschheit, eine höhere Kulturstufe zu erreichen und mit der Entwicklung haben sich die Formen der Entrechtung des weiblichen Geschlechts verschiedentlich geändert und gemildert; sie ist aber im Wesen bestehen geblieben und daran können alle schönen Lieder der Winnefänger und die herrlichen Worte unsrer Denker und Dichter nichts ändern. Die Frau ist rechtlos bis auf den heutigen Tag geblieben und in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt. Die Hoffnungen, die sich in der Brust aller Unterdrückten und auch der Frauenwelt bei wirtschaftlichen oder religiösen Umwälzungen regten, sind immer wieder erstirbt worden und mit dem Schein des Rechts ist neues Unrecht an der Frauenwelt verübt worden.

Bekannt ist, daß bei Einführung des Christentums es Frauen aller Stände waren, die von dieser Religion Erlösung aus Erniedrigung und Knechtung hofften und infolgedessen sich mit Feuererifer dieser neuen Lehre zuwandten, aber leider hat diese religiöse Umwälzung der großen darbenenden Masse und vornehmlich der rechtlosen Frauenwelt keine Erlösung gebracht, im Gegenteil, die Frauenwelt ist noch mehr verachtet und heruntergesetzt worden durch die Aussprüche der Kirchenlehrer als wie vorher. Welche Dimensionen diese Verachtung annahm, spiegelt sich wieder in den Hexenprozessen, die noch im 16. Jahrhundert üblich waren, wo durch gräßliche Folter und Marter die als Hexen beschriebenen Frauen zu Geständnissen gequält wurden, wo selbst Kinder weiblichen Geschlechts von 6 bis 7 Jahren nicht sicher waren, des Umgangs mit dem Teufel bezichtigt zu werden.

Das alles hat dazu beigetragen, daß das Ansehen und das Recht der Frau nebensächliche Dinge geworden sind. Und die aus dieser Situation entsprungene gesetzliche Bestimmungen haben sich mit herrschenden Sitten, Gebräuchen und Vorurteilen von Generation zu Generation zu einer fast undurchdringlichen Mauer vereinigt, um die Frau vom öffentlichen Leben sowie vom Recht auszuschließen.

Selbst die Entwicklung der Industrie mit ihrer großen wirtschaftlichen Umwälzung, die zu Beginn des 18. Jahrhunderts mächtig durch den Siegeszug der technischen Revolution gefördert wurde, hat der Frau keine Staatsbürgerrechte, sondern nur neue und schwere Pflichten gebracht.

Die Führer der damaligen kapitalistischen Ära hatten gar bald heraus, daß die rechtlose, gedrückte Frauenwelt sich vorzüglich als Ausbeutungsobjekt eignen würde und von der geknechteten Frau kein Widerstand irgendwelcher Art zu erwarten sei. Durch Einführung von Maschinen und mechanischen Arbeitsmitteln wurden die kräftigen und muskulösen Männerarme von der Produktion in großer Zahl ausgeschaltet und dafür die schwächeren Frauenhände eingeführt. Dr. Anton Günther schildert diese „Entwicklung der deutschen Industrie“ in ergreifenden Glendbildern; nach dieser Schilderung sind ganze Generationen Proletariat körperlich und geistig verkrüppelt und zugrunde gegangen durch den Raubbau, der mit der Gesundheit und Arbeitskraft der Frauen und Mütter getrieben wurde.

Den Grundstock zur Anlegung der Riesenvermögen mancher noch heute bestehenden Firmen oder Namen, die sich vom Vater auf den Sohn bis in die Jetztzeit vererbten, bildet die Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit. Unter Vorpiegelung, die Frau zur ökonomischen Selbständigkeit zu führen, hat der „heilige“ Geldgott sie zur Lohnsklavin und zur Konkurrentin des Mannes gemacht, ärger wie je ist das Weib mit Pflichten überladen, und schwer drücken die Pflichten, Lohnsklavin, Gattin und Mutter zu gleicher Zeit zu sein. — Die Lebenszeit der Frauen ist in Arbeitszeit umgewandelt.

Die wirtschaftliche Notlage, worunter das Proletariat, und am meisten die Frau und Mutter leidet, beruht auf politischen Ereignissen und Motiven, und leider fehlt auf diesem Gebiet den Frauen jedes Recht zur Betätigung. Diesen rechtlosen Zustand möchten alle jene, die ein Interesse an der Erhaltung der heutigen Gesellschaftsform haben, und die ihre Klassenprivilegien verteidigen, erhalten. Das Streben der Arbeiterkraft nach höherem Lohn, verbesserten Arbeitsbedingungen, nach Freiheit und Recht ist diesen Schichten daher unbecom, besonders wenn das weibliche Proletariat sich daran beteiligt, denn nach Ansicht dieser Schichten ist es die Aufgabe der Frau, schweigend zu dulden und Unrecht zu tragen. Diese Anschauung und die „Wertschätzung“, die selbst die Frau in den höchsten Kreisen genießt, kennzeichnet sich in dem ekelhaften Prozeß Molke-Garden.

Nur die Arbeiterbewegung kämpft gegen ein zweitausendjähriges Unrecht, welches man der Frauenwelt zugefügt hat, daher ist die Aufgabe der Frau nicht dulden und leiden, sondern kämpfen um Menschenwürde, um Freiheit und Recht für sich und ihre Klasse innerhalb der Sozialdemokratie.

Frauen! Weg mit der Gleichgültigkeit und hinein in den Kampf!

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Hamburg und Umgegend. Die Lohnbewegung unter den Zigarrenarbeitern Hamburgs, die sich vorwiegend auf die besonders aufbesserungsbedürftigen Sorten und Fassons erstreckt, nimmt einen guten Verlauf. Bis jetzt sind es 14 Firmen, darunter mehrere bedeutende, mit welchen eine Einigung erzielt wurde. Die Lohnzulagen bewegen sich meistens zwischen 50 Pfg. bis 2 Mk. pro Tausend. Mit mehreren Firmen schweben zurzeit noch Einigungsverhandlungen. Auffällig ist, daß ein Teil der Fabrikanten es ablehnt, mit den Verbandsfunktionären zu verhandeln. Es wird die Zeit kommen, wo man mit letzteren noch am liebsten verhandeln wird.

Hagenow in Mecklenburg. Bei der Firma B. Brinkmann erzielten die Kollegen einen schönen Erfolg. Die Firma bewilligte nämlich zusammen Lohnzulagen in Höhe von 50 Pfg. bis 1.20 Mk. bei einer Sorte pro Mille.

Bützow in Mecklenburg. Die Firma D. W. Schröder bewilligte nach einem eintägigen Streik eine Lohnzulage von 50 Pfg. pro Mille. Der Minimallohn beträgt nunmehr 7.50 Mk.

Hagenow in Sachsen. Bei der Firma Lamprecht erhielten die Zigarrenmacher mit der Rippe aufgesetzte Decke bewilligt.

Breslau. Die Lohnbewegung unter den Zigarrenarbeitern hat weitere gute Erfolge gezeitigt. Im ganzen sind es jetzt 28 Betriebe, die Lohnzulagen bewilligt haben

und die in einzelnen Fällen bis zu 2.75 Mk. pro Mille betragen. Die niedrigsten Kollerlöhne betragen nunmehr 5 Mk. und die niedrigsten Wickellöhne 2.75 Mk. pro Mille. Nicht zu vermeiden waren die Arbeitseinstellungen bei den Firmen Hoffmann und Ruff, die aber innerhalb eines Tages ihre Erledigung fanden. In einem Betriebe steht das Resultat noch aus.

Im Streik befinden sich die Kollegen bei der Firma L. Mohr (Anton Wehrles Nachf.) in Denslingen, Seyau und Böygingen, bei der Firma Fritz Grindler in Neufreistatt (9. Gau), bei der Firma Gebr. Apfel in Edingen (8. Gau), bei der Firma A. Chr. Stenning in Barntrup, Sonneborn und Rhoden (5. Gau), bei der Firma Wenderoth u. Habers in Pyrmont und Griessem (5. Gau), bei der Firma Albrecht in Oberhausen (6. Gau), bei Metje in Wolfenbüttel und Clausthal (Dritter Gau).

Der Zuzug ist nach diesen Orten resp. Betrieben streng fernzuhalten. Ebenso ist der Zuzug fernzuhalten nach Luxemburg bei der Firma Heinz v. Ladewig (6. Gau), nach Ronneburg bei der Firma K. Rein (11. Gau), nach Striegau bei der Firma W. Hänisch (14. Gau).

Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Seit Jahren kämpfen die Handelsangestellten zwecks Verkürzung der überlangen täglichen Arbeitszeit um die allgemeine Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses. In eine Erreichung dieses Zieles durch die gewerkschaftliche Aktion ist in Anbetracht der Organisationsverhältnisse unter den Handelsangestellten zurzeit nicht zu denken, der Achtuhr-Ladenschluß kann gegenwärtig nur durch eine Maßnahme der Gesetzgebung erreicht werden. Nach der Gewerbeordnung kann zwar der Achtuhr-Ladenschluß auf Antrag der Geschäftsinhaber durch Ortsgesetz eingeführt werden, was dank der unausgesetzten Bemühungen der Angestellten verschiedentlich auch geschehen ist, aber in den meisten Orten leistet das kurzfristige und egoistische Unternehmertum energiegelichen Widerstand. Die Angestellten fordern daher den reichsgesetzlichen Achtuhr-Ladenschluß. Auch hiergegen wehren sich die Unternehmer, und zwar berufen sie sich darauf, daß mit Rücksicht auf die konsumierende Arbeiterschaft der Achtuhr-Ladenschluß nicht eingeführt werden könne. Dasselbe behaupten sie von der Sonntagsruhe. Die Arbeiterkraft kann aber nicht ruhig zusehen, wie das heuchlerische Unternehmertum, das sonst nicht nach den Interessen der Arbeiter fragt, eine Kategorie der arbeitenden Bevölkerung gegen die andre auspielt.

Die unterzeichnete Kommission erklärt daher, daß sie den Forderungen der Handelsangestellten durchaus sympathisch gegenübersteht. Sie erwartet, daß die Wünsche der Angestellten und speziell ihre Forderungen nach dem reichsgesetzlichen Achtuhr-Ladenschluß und der Sonntagsruhe bei der Gesetzgebung endlich die gebührende Berücksichtigung finden.

An die Arbeiterkraft richten wir das Ersuchen, die Handelsangestellten in ihrem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß jeder Einkauf nach 8 Uhr abends unterlassen wird und auch die Sonntagskäufe vermieden werden. In den Konsumvereinen möge jeder Arbeiter und jede Arbeiterfrau auf die Durchführung des Achtuhr-Ladenschlusses und der Sonntagsruhe hinwirken — soweit diese Forderungen nicht bereits erfüllt sind — und im übrigen bei Einkäufen solche Kaufleute bevorzugen, die ihren Angestellten die Sonntagsruhe gewähren und den Achtuhr-Ladenschluß eingeführt haben.

Arbeiter und Arbeiterfrauen, kauft nicht nach 8 Uhr abends und nicht Sonntags ein.

Die Partei- und Gewerkschaftspressen wird gebeten, dieser Aufforderung durch Abdruck die weiteste Verbreitung zu sichern. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. C. Legien.

An die Kolleginnen und Kollegen in Ohlau (Schlesien).

Nach dem miserablen Versammlungsbesuch in letzter Zeit zu urteilen, scheint es den hiesigen Kollegen und Kolleginnen sehr gut zu gehen. Doch die Statistik weist nach, daß die Lohnverhältnisse in Ohlau als die schlechtesten in Schlesien mit zu bezeichnen sind. Auch läßt die Behandlung in vielen Betrieben zu wünschen übrig. In nächster Zeit soll der Öffentlichkeit einmal Aufklärung gegeben werden, in welcher Weise die Herren Meister mit den Arbeitern umgehen. Diesen Mißständen abzuwehren, fehlt den Kollegen und Kolleginnen das nötige Interesse. Öffentliche Versammlungen weisen einen schwachen Besuch auf. Selbst organisierte Kollegen und Kolleginnen erscheinen nicht zur Versammlung, in der Hoffnung, es wird doch auch so besser werden, wenn sie nur dem Verbandsangehörigen. Ueber die Agitation ist schon viel gesprochen worden, aber es rührt sich keine Hand. Ist aber einmal ein Beschluß nicht nach ihrem Willen ausgefallen, dann kommen die Mörgler und machen selbst dadurch jung organisierte Kolleginnen wieder wankelmütig. Wenn man Kollegen einmal fragt, hast du an dem oder dem Tage einmal Zeit, eine Betriebsbesprechung oder Hausagitation mitzumachen, so erhält man die Antwort, habe keine Zeit, mache es nur allein. Kollegen und Kolleginnen! So kann und darf es nicht weiter gehen. Darum erseheint alle in der Versammlung, die am Sonnabend, den 30. November, in Stadt Dels tagt. Unser Kollege Deichmann u. Bremen wird einen Vortrag über unsere Kämpfe und die Violefelder Beschlüsse halten. Jeder bringe eine nichtorganisierte Kollegin mit, um so schneller werden wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessern können.

Berichte.

Baden-Baden. Hier tagte am 6. November im Bräuhausglöckle eine Mitgliederversammlung. Der Gauleiter Heising erstattete den Bericht von der Generalversammlung in Violefeld und legte den Mitgliedern klar, welches die Beweggründe zur Beitragsserhöhung und der Bescheidung der Krankenunterstützung seien. Die Kämpfe der letzten Jahre haben gezeigt, daß wir mehr als bisher Mittel zum Kampf gebrauchen, um mit Erfolg für die Kollegen vorgehen zu können zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Den Abstrichen bei der Krankenunterstützung stehe die Arbeitslosenunterstützungserhöhung gegenüber, welche bis dato etwas zu minimal gewesen sei. Es müsse doch anerkannt werden, daß die Kollegen sich in Fällen der Arbeitslosigkeit in einer größeren Notlage befinden, indem sie weitere Einnahmen nicht hätten, und speziell die Zigarrenarbeiter hätten ja durch die Einführung der Bandrolensteuer nach dieser Richtung hin Erfahrung gesammelt. Nach der Berichterstattung entspann sich eine rege Diskussion; einige

Redner sprachen sich abfällig darüber aus, daß den freiwillig aus der Arbeit Getretenen auch Arbeitslosen resp. Reisegeld nach einem andern Orte gezahlt werde, welches den Verband unnütz belaste. Der Vorsitzende Knapp beschäftigte sich in längeren Ausführungen mit den Unterstützungseinrichtungen und Satzungen im Verband. Redner konnte an der Hand von Statuten anderer Verbände nachweisen, daß die Leistungen gegenüber den Beiträgen im Tabakarbeiterverband zu hohe seien, speziell bei der Krankenunterstützung. Redner empfiehlt den Anwesenden, ihr Hauptaugenmerk auf die Ansammlung eines Kampffonds zu legen, wie es andre Verbände machen, dann könne man auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen. In seinem Schlusswort stellt der Referent einige verkehrte Auffassungen seitens der Kollegen richtig und feuert die Anwesenden an, einig zu sein und mehr wie bisher für die Ausbreitung der Organisation am Platze zu sorgen, damit auch am Orte geregelte Verhältnisse eintreten. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute im Bratwurfsgröble tagende Mitglieder-versammlung der Zahlstelle Baden erklärt sich nach Kenntnisnahme durch das Referat des Gauleiters bereit, für die Beschlüsse der Generalversammlung zu wirken und mehr als bisher für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen.“

Verburg. Am 11. d. M. fand im Vereinslokal, Restaurant Gefellenverkehr, eine Mitgliederversammlung statt. Den Bericht von der Generalversammlung erstattete der Gauleiter, Kollege Burgold aus Braunschweig. Zunächst erläuterte derselbe die Kampfesstellung der Fabrikantenorganisation gegenüber unserem Verband, sowie die geführten Kämpfe des Verbands selbst. Die Beschlüsse der Generalversammlung erläuterte er fast Punkt für Punkt, sie hätten sich notwendig gemacht, um nicht nur den Verband auf der Höhe zu erhalten, sondern denselben auch nach innen zu kräftigen, besonders da den Tabakarbeitern von drei Seiten Gefahr droht, seitens der Fabrikanten, durch die Tabaksteuer und die herannahende Krise. Alle diese Gesichtspunkte hätten die Generalversammlung dahin geführt, diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche die schweren Kämpfe, die dem Tabakarbeiter bevorstehen, einigermaßen erleichtern können. In der daran anschließenden Diskussion meldete sich niemand zum Wort. Daraufhin wurde folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen: „Die heute im Restaurant Gefellenverkehr stattgefundenen, von 30 Mitgliedern besuchte Versammlung, erklärt sich mit den Beschlüssen der Bielefelder Generalversammlung einverstanden und verspricht auch fernerhin, für die weitere Ausbreitung des Verbands Sorge zu tragen.“

Friesenheim (Baden). Hier tagte am 10. November in der Siede eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle. Der Gauleiter Ab. Feising erstattete Bericht von der Generalversammlung in Bielefeld. Die schwierige Aufgabe hatte die Statutenkommission zu lösen; handelte es sich doch darum, für den Kampf mehr Mittel zu beschaffen, um den gestellten Anforderungen der Kollegen Rechnung zu tragen. Redner ersucht die Anwesenden, auch unter den veränderten Verhältnissen für den Verband zu agitieren, damit auch der letzte Kollege und die letzte Kollegin dem Verbands beitrete. In der Diskussion sprachen sich mehrere Kollegen in gleichem Sinne aus. Nachstehende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die heute in der Siede tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Friesenheim erklärt sich nach dem ausführlichen Bericht des Gauleiters mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden und verspricht, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin dem Deutschen Tabakarbeiterverband beigetreten ist.“ Alsdann berichtete Feising über die Lage Signals kontra O. Krämer, und empfiehlt, in Zukunft vorzichtiger zu sein.

Jörtschau bei Striegau. Die Kollegen hatten die Aufforderung an den Kollegen Wunsch ergehen lassen, Bericht zu erstatten über die Generalversammlung in Bielefeld. Der Kollege Wunsch war nun am 12. November diesem Verlangen nachgekommen; es waren auch einige Nichtorganisierte erschienen. Dieselben glauben eine Organisation nicht nötig zu haben. Sie betrachten Jörtschau als das wahre Paradies. Der dortige Fabrikant hat nämlich den Widelmachern einige Groschen zugelegt, da sind sie schon wie aus dem Häuschen. Früher mußten sich die Widelmacher die Einlage selbst zurecht machen, das ist nun auch geändert worden, daher wissen sie gar nicht, welches Lob sie dafür anstimmen sollen. Da ich ihnen nun Vorhaltungen machte, daß sie durch Umstände doch einmal in eine schlechte Lage kommen könnten, wie z. B. durch die Wanderrolensteuer, da sagte der eine, nach der werden sich die Kollegen schon solidarisch zeigen. Er meinte damit Kollegen an andern Orten. Ich bin der Meinung, wenn es den dortigen Kollegen und Kolleginnen wirklich so gut geht, na dann soll man sie ungeschoren lassen, denn wir haben keine Ursache, denselben nachzulaufen und zu betteln, daß sie in den Verband gehen sollen. Nun zu den Einwendungen, die sie machen zu den Beschlüssen der Generalversammlung. Sie sind rein wie rasend, daß es die ersten drei Tage kein Krankengeld geben soll, sie stellen Krankenkasse und Gewerkschaft auf eine Stufe. Die Unterstützungseinrichtungen gehen ihnen über alles. Ein sonderbarer Standpunkt! Zum Schluß möchte ich noch eines erwähnen: ich glaube, daß sich die Kollegen eines besseren Bestimmen und dem Verbands beitreten würden. Da erklärte mir einer, es ist ein Kollege hier, der war auch einmal im Verbands, der legt sich das Geld alle Wochen zurück. Ob es wahr ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Kollegen und Kolleginnen anderer Orte, ich habe auch nun die Ansicht der Jörtschauer unterbreitet, ich glaube, ihr könnt derartige Ansichten nicht gut heißen. Ich bin der Meinung, wir lassen dieselben bei ihrer Ansicht, für den Verband sind sie noch nicht zu haben. Wir wollen sie in ihrer glücklichen Lage nicht stören. Nur den Kollegen, die dem Verband treue Mitglieder sind, rufe ich zu: haltet fest zum Verband! Er ist unsre Stütze!

Leipzig. Am 11. November fand im Volkshause eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Der Vertrauensmann verlas die von den Revisoren geprüfte und für richtig befundene Abrechnung vom 3. Quartal. Alsdann erstattete er Bericht von der 13. Generalversammlung, welche vom 14. bis 19. Oktober dieses Jahres in Bielefeld getagt hat. Die diesjährige Generalversammlung habe, um den inneren Ausbau unseres Verbands bewirken zu können, zu einer Beitragserhöhung schreiten müssen; nur wenn unsere Kassen gefüllt sind, können wir den Unternehmern etwas abringen, denn ohne Opfer kein Sieg. Gleichfalls hat die Generalversammlung die Krankenunterstützung um die ersten drei Tage eingeschränkt, in der Voraussetzung, daß uns noch weitere schwere Kämpfe bevorstehen. Hingegen ist die Arbeitslosenunterstützung durchweg erhöht worden. Wir begrüßen es, wenn der Vorstand bei eventuellen Neuansstellungen von Gauleitern unsern Gau zur Berücksichtigung ins Auge faßt. In der Diskussion konnte Kollege Dallüge die Beitragserhöhung mit der Leistungsreduzierung nicht in Einklang bringen. Er trat für gänzliche Beseitigung der Klasse 7 ein und ersuchte die Versammlung, die vorliegende Resolution nicht zu unterstützen. Es wendeten sich einige Redner gegen die Ausführungen des Kollegen Dallüge, worauf folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen wurde: „Die am 9. November im Volkshause zu Leipzig tagende öffentliche Tabakarbeiterversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Bielefelder Generalversammlung einverstanden und verpflichtet sich, dieselben voll und ganz zu erfüllen.“ Unter örtlichen Verbandsangelegenheiten mußte man nach Lage der Sache zur Sperrung (für Verbandskollegen) der Firma Hugo Hasche schreiten. Die Kollegen, welche bei dieser Firma arbeiten, erhalten derartig schlechtes Material, daß sie mit Aufbietung aller Kräfte den von der Firma gezahlten Lohn bei weitem nicht als genügend erachten können. Diese Firma sucht sich von auswärtigen Kollegen

mit 9 Mark Kollerlohn heranzuziehen. Wenn nun diese von auswärtigen kommenden Kollegen infolge der Verarbeitung dieses Materials nicht bestehen können, dann sind sie die Geschädigten und der Verband mit. Es seien hiermit alle auswärtigen Kollegen gewarnt. Nachdem Kollege Winler die Abrechnung vom letzten Fest verlesen hatte, beschloß man, ein ähnliches im Februar 1908 stattfinden zu lassen. Der Vertrauensmann verlas die Beschlüsse der Generalversammlung seitens seiner Firma verknüpfte Ausrufen von der Fabrik.

Merseburg. Am 4. November fand in der Funkenburg eine Mitgliederversammlung statt, in welcher der Gauleiter Otto Wenzel-Galle den Bericht von der Generalversammlung in Bielefeld gab. Er verstand es, in seinen Ausführungen die Arbeiten der Generalversammlung klarzulegen, und erläuterte die Beschlüsse der Generalversammlung in klarer Weise, mit denen sich alle anwesenden Kollegen einverstanden erklärten, sowie, daß sie dem Verbands treu angehören wollten. Doch muß ich hier noch zu einer andern Ausführung kommen. Es war verschiebenen Kollegen in den Kopf gefahren, als bekannt wurde, daß das neue Jahr mit 5 Pfg. Beitragserhöhung beginnt, und sie hatten es vorgezogen, dem Verbands den Rücken zu kehren. Nein an der Zahl meldeten sich ab. Da wir nun in Merseburg eine Lohnforderung ausgearbeitet und beim Hauptvorstand zur Genehmigung eingereicht haben, haben es die Herren vorgezogen, uns den Rücken zu kehren; man möchte bald sagen, aus purer Angst haben sie es getan, denn unter den Ausgeschiedenen befindet sich gerade die schon vor längerem gewählte Lohnkommission. Selbstredend sind nun die Kollegen hier am Orte gezwungen, von der weiteren Forderung absehen zu müssen, weil von den 15 Kollegen 9 eben nicht mehr im Verbands sind. Das Lohnverhältnis war schon vor dreißig Jahren das gleiche; außerdem ist sehr große Plage übers Material- und Widelmacherverhältnis zu führen, das aber alles haben sich die neun Kollegen aus dem Hirn schlagen lassen und mußten in den sehr traurigen Verhältnissen weiter. Es sei noch bemerkt, daß Montag, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Funkenburg die nächste Mitgliederversammlung stattfindet.

Minden. Im August 1906 hatten die Zigarrenarbeiter der Firma Leonhardy eine Lohnbewegung, welche durch gegenseitiges Uebereinkommen ohne Arbeitseinstellung geregelt wurde. Die 14 tägige Kündigung war abgelaufen, der Tabak abgeliefert, da, gerade in der letzten Stunde, gelang es, eine Einigung zu erzielen. Unter dem Eindruck dieser „Einigung“ gab dann Herr Leonhardy den einzelnen Kommissionsmitgliedern die Hand und sagte: „Wir wollen uns weder Haß noch Neid nachtragen. Es soll alles, alles vergessen sein.“ Das waren Arbeitgebertworte, welche von den leichtgläubigen Arbeitern als wirklicher Ernst angenommen worden waren. Aber die Faumacher und Leisetreter bekommen wieder Oberhand, alles mögliche wurde diskutiert, nur nicht der Ausbau der Organisation. Der so schön sprechende Arbeitgeber machte sich diese Zeit besser zunutze: Filialen wurden mehr eingerichtet; Zigarren kommen heute aus allen Himmelsrichtungen. Amerikanische Formen, sogenannte Quetschen, wurden angeschafft, die in Minden geführte Handarbeit nach den Filialen gebracht, wo die Arbeiter diese Sorten um 6.50 Mark pro Mille billiger machen. In den Filialen wird mit Hochdruck gearbeitet. In Minden konnte sich nun das arbeiterfreundliche Herz, das alles, alles vergessen wollte, betätigen. Am 3. d. M. wurde zwei Zigarrenarbeitern, darunter der 1. Bevollmächtigte des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Minden, gekündigt. Das war der Führer; die Leisetreter und Faumacher hatten dazu nur Hohnklänge. Die Geslossenheit vom August 1906 fehlte. Am 9. d. M. wurde 26 Zigarrenarbeitern mit ihren Widelmachern gekündigt, zusammen 48 Personen. Der Meister Sch. hat einen Zettel in der Hand und verliest mit kaltem Ton die Namen; der Obermeister, Herr Nikolaus Bente, stammelt in rührenden, salbungsvollen Worten: „Ich muß Euch die traurige Mitteilung machen, daß uns viele Kunden abgeschrieben haben, daß die Zigarren zu teuer sind; viele unsrer Kunden diese Zigarren billiger beziehen. (Woher er das wohl weiß?) Daher müssen wir Euch entlassen.“ In den Filialen wird teilweise bis 8 1/2 Uhr abends gearbeitet. Ein Filialenvermeister erklärte, daß er alle in Minden gekündigten gebrauchen könnte. In diesen Filialen gibt es auch Tabak mit nach Hause, um zu Hause des Nachts diesen vorzurichten, abzurippen und Deckblatt aufzusetzen. Es ist noch nicht lange her, da feierte dieser Fabrikherr mit seinen Arbeitern ein Fest, eine recht erhebende Feier; der Herr Regierungspräsident hatte seinen Vertreter geschickt, der königliche Herr Landrat feierte das gute Einvernehmen und die Interessensharmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Arbeiter seien langjährige, teilweise in dem Betriebe ergaute, treue Mitarbeiter dieser großen und bedeutungsvollen Firma usw. Von den gekündigten Arbeitern sind eine Anzahl 24 Jahre dort tätig gewesen, 23, 22, 20, 18, 17 bis zu 10 Jahren. Nun aber ist es mit dieser vielgepriesenen Interessensharmonie aus. Diesen kommenden Sonnabend soll wieder „gekündigt“ werden. Der Jubilar, Obermeister Nikolaus Bente, sagte einmal bei seiner Jubelfeier im Rosental, daß er zwei Drittel seines Zieles erreicht habe, er wolle auch noch das letzte Drittel erreichen. Ist es nun erreicht?

Nordhausen. Die Mitglieder der Zahlstelle Nordhausen beschäftigten sich in zwei Versammlungen mit dem Bericht von der Generalversammlung in Bielefeld, welcher zu lebhaften Debatten führte. Doch, nachdem sich die Kollegen darüber klar geworden, daß diese Stellungnahme der Generalversammlung notwendig war im Interesse der besseren Fortentwicklung unseres Verbands, wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen: „Die am 29. Oktober im Lokale Stadt Berlin stattgefundenen Mitgliederversammlung der Zahlstelle Nordhausen erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung nach Lage der Verhältnisse einverstanden und versprechen die Anwesenden, mit aller Kraft für die Fortentwicklung des Verbands tätig zu sein; denn sie sind überzeugt, daß nur eine starke und kräftige Organisation in der Lage ist, die tieftraurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter erfolgreich verbessern zu können.“

Potsdam. Am 10. November fand eine Versammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes bei Ladenthin, Kaiser-Wilhelmstraße, statt. Tagesordnung war folgende: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Wahl eines Delegierten zur Allgemeinen Ortskrankenkasse; 3. Wahl der Kartelldelegierten; 4. Verschiedenes. Kollege Flohr legte die Abrechnung vor, welche für richtig befunden wurde. Als Delegierter der Ortskrankenkasse wurde der Seidenwirker Otto Reipert vorgeschlagen und gewählt. Die Kollegen Rosenfeld und Kerber wurden als Kartelldelegierte gewählt. Dann nahm die Versammlung gegen die Beschlüsse der Generalversammlung, betr. Beitragserhöhung und Abzug der Krankenunterstützung, Stellung. Sie protestiert heftig gegen diese Beschlüsse der Generalversammlung und spricht ihren Unwillen gegen die Gehaltsreduzierung der Hilfsbeamten aus. Die Versammlung beauftragte die Ortsverwaltung, dieses in ihrem Sinne als Protest im Tabakarbeiter zu veröffentlichen.

Striegau. Am 4. November tagte im Gasthof zur Bierquelle (Gräben) unsere Mitgliederversammlung, mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal; 2. Berichtserstattung von der Generalversammlung in Bielefeld; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer verlesen und für richtig befunden. Der Delegierte, Kollege Wunsch, brachte in längerem Vortrag verschiedene Änderungen und Neueinrichtungen, überhaupt Beschlüsse der Generalversammlung zu Gehör. Nach dem Vortrag wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute in der Bierquelle zu Gräbern tagende Mitgliederversammlung erklärt sich mit der Haltung ihres Dele-

gierten auf der Generalversammlung in Bielefeld, sowie auch mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden, da durch dieselben der Kampfcharakter unseres Verbands gestärkt werden kann; die Mitglieder verpflichten sich, so viel in ihren Kräften steht, nach den in Bielefeld gefassten Beschlüssen zu handeln und für die weiteste Verbreitung unseres Verbands wirken zu wollen.“ Dann folgte eine lebhaft debattierte Besprechung der örtlichen Verhältnisse. Kollege Brete stellte noch den Antrag, daß alle Fachzeitungen in der Zentralherberge auszulegen sind, auch Zeitungshalter sind dazu anzuschaffen. Die Kollegen im Kartell sind verpflichtet, diesen Antrag zu vertreten. Kollegen und Kolleginnen, in Zukunft muß sich jedes Mitglied zur Aufgabe machen, einen unorganisierten Tabakarbeiter in die Versammlung mitzubringen, damit dort die Aufmerksamkeit in den Verband bewirkt werden kann. Auch muß von jetzt an die Parole sein: Auf in die Versammlung! Ein guter Gewerkschaftler zählt nicht bloß die Beiträge, sondern besucht auch die Versammlung.

Treffort a. d. Werra. Infolge der fortwährenden Steigerung der Lebensmittel und der niedrigen Löhne, welche hier durchschnittlich 6.50 Mark pro Mille mit Widelmachern betragen, fühlen sich die Arbeiter der Firma Roland (Inhaber: Ritter) genötigt, eine Lohnforderung am 1. November einzureichen. Am 15. d. M. bekamen die Arbeiter die Mitteilung, daß auf verschiedene Sorten 15 Pfg., auf etliche 25 Pfg. und auf zwei Sorten 50 Pfg. zugelegt würden, auf 16 Sorten war es dem Herrn Fabrikanten nicht möglich, eine Lohnzulage zu gewähren. Am folgenden Tage wurde die Kommission nochmals vorstellig, um eine Einigung zu erzielen, worauf sie jedoch abschlägig beschieden wurde. Die Arbeiter fühlten sich darauf genötigt, die Kündigung einzureichen. Kollegen und Kolleginnen! Die Verhältnisse sind hier am Orte die denkbar schlechtesten. Mühsen doch die Arbeiter von frühmorgens bis abends in der Fabrik arbeiten, dann bis Mitternacht beim Tabakurichten zubringen, weil das Material zu schlecht ist, um nur einen durchschnittlichen Lohn von 10 bis 13 Mark zu verdienen. Da ist es doch wahrlich Zeit, daß sich die Arbeiter aufraffen, um ihre Lebenslage aufzubessern. Kollegen und Kolleginnen, haltet einmütig und treu zusammen; denn Einigkeit macht stark. Zugut ist fern-zuhalten.

Zahl der deutschen Fabrikarbeiter 1903—1905.

Im neuesten statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich wird auf die Zahl der in den Jahren 1903, 1904 und 1905 in Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mitgeteilt. Es wurden gezählt:

	1903	1904	1905	Zunahme 1903-1905 in %
Erwachsenemännl. Arbeiter	3818277	4008206	4173522	9,3
weibl.	899838	988108	1041626	15,8
Jugendl.männl. Arb., 14-16J.	221759	282805	246591	11,2
weibl.	108175	127484	185678	27,8
Knaben unter 14 „Jahren“	5591	5542	5771	7,0
Mädchen „ „	3528	4100	4474	26,5
	5054468	5361245	5607657	10,9

Das hervorsteckendste Merkmal an dieser Entwicklung ist die prozentual bedeutend stärkere Zunahme der weiblichen Fabrikarbeiter. Während die Zahl der männlichen erwachsenen, jugendlichen und kindlichen Arbeiter von 1903 auf 1905 um 9,3, 11,2 und 7, Proz. wuchs, stieg die der weiblichen um 15,8, 27,8 und 26,5 Proz. Auch schon aus den Ziffern eines Jahres läßt sich diese Tendenz der immer stärkeren Geringfügigkeit des weiblichen Geschlechts in der fabrikmäßigen Erwerbsarbeit ablesen. Während die Zahl der erwachsenen weiblichen Arbeiter im Jahre 1905 nur etwa 1/4 von der der männlichen betrug, war dieses Verhältnis bei den jugendlichen Arbeitern wie 1:2, und bei den fabrikarbeitenden Kindern gar wie 4:5. Freilich ist hierbei zu berücksichtigen, daß eben nicht alle in den Fabriken beschäftigten jüngeren Arbeiterinnen dauernd darin bleiben, sondern daß ein großer Teil bei seiner Verheiratung die Fabrikarbeit aufgibt.

Sehr bedenklich ist der trotz aller gesetzlichen Beschränkungen wachsende Umfang der Kinderarbeit in den Fabriken. Die Zahl der beschäftigten Kinder unter 14 Jahren wuchs in den 2 Jahren von 8919 auf 10245 oder um 14,9 Proz. Insgesamt stieg die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen um 553189 oder 19 Proz. in einem Zeitraum, in dem sich die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches um rund 3 Proz. vermehrte.

Gingelandt.

Auf den Angriff des Herrn Wilh. Treu, Mienburg (Weser), welcher in letzter Nummer des Tabak-Arbeiters die Leistungen meiner Widelmachdine, System Hoppe, in unerhörter Weise verzerrte, erwidere ich, daß ich jederzeit sowohl persönlich als auch durch Vorlegung von Referenzen in der Lage bin, zu beweisen, daß meine Maschine die von mir unter Garantie ausgeschriebene Zahl von „bis zu dreitausend Wideln“ pro Tag in tabelloser Arbeit liefert. Ebenfalls steht ein Besuch in meinen Fabriken frei, wo stets nachgewiesen werden kann, daß meine Leute zu freudigstellender Arbeit in genügender Menge leisten, gleichzeitig sich aber im Lohn weit besser stehen als früher ohne die Maschine. Louis Hoppe.

Literarisches.

Instruktive gewerkschaftliche und sozialpolitische Literatur. Dem Genossen Paul Umbreit, dem Redakteur des Korrespondenzblatt der Generalkommission, sind im Auftrage der letzteren zwei wertvolle Bücher herausgegeben worden: **Die gewerkschaftlichen Unterrichtsreisen**, acht Vorträge aus den gewerkschaftlichen Unterrichtsreisen, veranstaltet von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, und die **Arbeiter-Schutzgesetzgebung** (zwei Vorträge).

Jeder Gewerkschaftler, wie jeder, der auf diesem Gebiete irgendwie agitatorisch tätig sein will, sollte sich diese beiden Bücher, die je 1 Mk. kosten, zulegen, um auf diesen wichtigen Gebieten nach jeder Richtung hin unterrichtet zu sein.

Sie enthalten in gedrängter, aber übersichtlicher Weise ein außerordentlich umfangreiches Material, das jeden in den Stand setzt, sich über alles auf diesem Gebiete Wissenswerte zu unterrichten. Sehr wertvoll ist auch der darin enthaltene Nachweis des Quellenmaterials, auf dem der Verfasser aufgebaut hat.

Von der **Neuen Zeit** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 7. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine historische Stunde. — Der preußische Parteitag. Von Paul Singer. — Wahlkampf und Wahlrechtskampf in Preußen. Von Otto Landmann. — Der Vlod und die preußische Landespolitik. Von Paul Hirsch. — Proletarische Organisationsfragen in der Provinz Posen. Von Joseph Kliche. — Ein Vortrag zur Landarbeiterfrage. Von S. Radlof. — Die Lage der Gemeindegewerkschaften in Deutschland. Von Emil Dittmer. — Notizen: Die Norddeutsche Holz-Verufsgenossenschaft. Von E. C. Kinderarbeit in landwirtschaftlichen Großbetrieben. Le Socialisme. Von K. K.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3.25 Mark pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennige.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.